5.JAHRGANG 1973 Erscheint in Westberlin 2.5.73

SOZIALPÄDAGOGISCHE KORRESPONDENZ

DER KINDERGÄRTNERINNEN - ERZIEHER - JUGENDPFLEGER UND SOZIALARBEITER IN PRAXIS UND AUSBILDUNG NR 28 UNKOSTENBEITRAG 1.- DM

KAMPF DER POLITISCHEN DISZIPLINIERUNG

Autoren eines Artikels über das Georg v. Rauch-Haus vom Berufsverbot bedroht

In Westberlin ist jetzt aus den Reihen der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus eine "Anfrage" gekommen, die für die fünf Autoren eines in ERZIEHUNG UND KLASSENKAMPF erschienen Beitrages auf ein Berufsverbot abzielt.

Kleine Anfrage des Abgeordneten Hans Mertsch (S[illegible]) über "Beratertätigkeit" von Mitarbeit[illegible] des Landes Berlin.
Ich frage den Senat:
1. In welchen Beschäftigungs- oder Dienstverhältnissen zum Land Berlin stehen oder standen die Herren Manfred Kappeler, Manfred Liebel, Udo Maier, Manfred Rabatsch und Frau Renate Schmalzried?
2. Sind dem Senat die Arbeiten der Genannten über " Ein Ansatz proletarischer Jugendarbeit im Stadtteil", veröffentlicht in "Erziehung und Klassenkampf", Zeitschrift für marxistische Pädagogik Nr. 7/72, und über "Selbsthilfe im Kollektiv", erschienen in "Neuer Rundbrief" Nr. 3/72, bekannt?
3. Billigt der Senat die insbesondere auf den Seiten 41-59 der Zeitschrift "Erziehung und Klassenkampf" vertretenen Thesen und hält er sie mit den Grundsätzen unserer Verfassung für vereinbar?
4. Ist sichergestellt, dass die Verfasser nicht mehr und auch künftig nicht als Mitarbeiter des Landes Berlin beschäftigt werden?
5. Welche konkreten Massnahmen hat der Senat ergriffen, um zu verhindern, dass die Genannten in Zukunft öffentliche oder vom Lande Berlin geförderten und finanzierte Einrichtungen "beraten" können?

Diese "Anfrage" stellt den vorläufigen Höhepunkt einer Kampagne von rechts dar, die seit der Besetzung des Georg-von-Rauch-Hauses im Dezember 1971 gegen die dort lebenden Arbeiterjugendlichen betrieben wird. Seit dieser Zeit bahnt sich auch eine Hetze gegen die sie unterstützenden Sozialarbeiter und Sozialpädagogen an. Sie werden als Manipulateure und Indoktrinatoren der Jugendlichen denunziert, auf deren Rücken sie angeblich ihr eigenes ideologisches Süppchen kochen wollen.

INHALT:

Kampf der politischen Disziplinierung	Seite 1
Lehrfreiheit an der FHSS eingeschränkt	Seite 3
S V I -Tagung	Seite 4
Thesen zur Einschätzung des Georg v. Rauch Hauses	Seite 5
Bemerkung zur Reichel-Stellungnahme	Seite 7
Resolution der ÖTV-Betriebsgruppe	Seite 9
Streik am Oberlin-Seminar	Seite 11
Flugblatt:Der Wohnungskampf geht weiter	Seite 10
Auszug aus der Abgeordnetenhausdebatte zum Schließungsantrag der CDU	Seite 13
Klubhaus Falkenhagener Feld-Kampf um Selbstbestimmung	Seite 17
Letzte Meldung	Seite 27
In eigener Sache	Seite 28

So fragte die CDU im Sommer 1972 im Rahmen einer Debatte zur "Inneren Sicherheit" Berlins den Wissenschafts-Senator Stein, ob er wisse, daß "unter Anleitung von Herrn Kappeler und seinem Agitationskollektiv die Arbeiterklasse zur Delinquenz erzogen" werde.
Als sich die Auseinandersetzungen um das Rauch-Haus im Herbst 1972 zuspitzten, verbreitete die sog. linke SPD in Berlin die These von der politischen Manipulation der Jugendlichen des Rauch-Hauses durch die sog. Berater und unterstellte ihnen, das Kollektiv zu einer radikalen Politik gegenüber dem Senat verführt zu haben habe.

Diese Argumentation der Sozialdemokraten griff die CDU im Westberliner Abgeordnetenhaus dankbar auf und machte in einer Sitzung im Oktober 1972 daraus die Forderung nach genauer Überprüfung der fünf Sozialarbeiter und Sozialpädagogen. Der Senat wurde aufgefordert, "geeignete Maßnahmen" zu ergreifen. Schon damals schlossen sich Teile der SPD dieser Forderung an.

Im November 1972 verschickte die Jugendsenatorin Ilse Reichel eine 15-seitige "Stellungnahme", in der sie die Verfasser des inzwischen in ERZIEHUNG UND KLASSENKAMPF erschienenen Artikels über die Entwicklung des Rauchhauses der "Unterminierung" ihrer "Reformpolitik" beschuldigt: "Nach der Lektüre weiß man, daß es ihnen von Anfang an darum ging, auch und gerade einen Kampf gegen die Reformer zu führen, der auf die Entlarvung demokratisch-sozialstaatlicher Veränderungsversuche abzielt, um so die Basis für revolutionäre Veränderungsstrategien zu schaffen." Mit dieser Formulierung wird unterstellt, daß jeder nicht mit der Politik des Senats übereinstimmende Kampf um gesellschaftliche Veränderungen undemokratisch und grundgesetzwidrig sei. Immer dann, wenn Pädagogen in konsequenter Weise für die Interessen der Arbeiterjugendlichen Partei ergreifen und sich damit gegen staatliche Maßnahmen wenden, die diesen Interessen entgegenstehen, wird ihre Arbeit als "verfassungsfeindlich" denunziert. Die offensive Vorgehensweise der Jugendlichen in den Auseinandersetzungen mit den Senatsvertretern hätte durch "Beratung" nie bewirkt werden können, sondern ist nur als Ausdruck ihrer jahrelangen Unterdrückungserfahrung zu begreifen.

Bezugnehmend auf die Unterstellungen der Senatorin kommt die CDU in einer Sitzung im Abgeordnetenhaus vom 23.1.1973 auf ihre alten Forderungen zurück, diesmal schon konkreter: "Die Äußerungen der Gruppe in Bethanien selbst und ihrer sogenannten "Berater" läßt nur einen Schluß zu: der Zusammenschluss dient in erster Linie dem Kampf gegen diese Gesellschaft und die Ideologen lassen die Randgruppenstrategie zur Erreichung dieses Zieles deutlich erkennen. Diese Vermutung hegt auch die Senatsverwaltung...
Sowohl der SPD-Abgeordnete Mertsch als auch ich haben vor mehreren Monaten im Plenum auf das Treiben dieser Leute hingewiesen und den Senat gebeten, geeignete Schritte zu unternehmen, um das fragwürdige Verhalten dieser Personen einer genauen Beobachtung und Prüfung zu unterziehen. Leider haben wir bislang nichts mehr davon gehört, obwohl wir auch aufgrund der bekannten Veröffentlichungen ziemlich sicher sind, daß ihre Einstellung zum Grundgesetz - teilweise sind sie sogar Beamte des Landes Berlin - mehr als zweifelhaft ist."

Die jetzt eingebrachte "Anfrage" des SPD-Abgeordneten Mertsch stellt gegenüber der bisher bekanntgewordenen Praxis des Berufsverbots eine weiter Verschärfung dar.

Erstens reicht bereits der Hinweis auf die Veröffentlichung einer Analyse des Kampfs der Jugendlichen aus, um für die Autoren Berufsverbote zu fordern.

Zweitens geht aus der Anfrage klar hervor, daß sich das Berufsverbot für die fünf Autoren praktisch auf alle Bereiche pädagogischer Tätigkeit beziehen soll, auch wenn sie nicht zum öffentlichen Dienst gehören; in der Sozialarbeit/Sozialpädagogik gibt es keinen Bereich , der nicht staatlicher Kontrolle unterliegt und vom Staat finanziell abhängig ist.

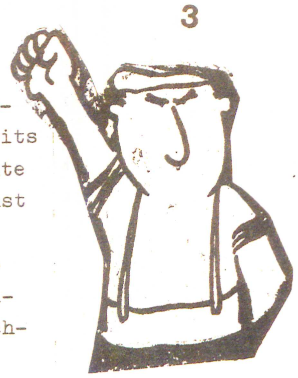
Während durch die Auseinandersetzungen in der SPD und FDP der Eindruck erweckt wird, die Ministerpräsidentenbeschlüsse zum Berufsverbot würden revidiert, wird in der Praxis das Berufsverbot als ein Mittel der politischen Disziplinierung und Einschüchterung verschärft gehandhabt.
Für einen Teil der Autoren des Rauch-Haus-Artikels hängt die Durchführung von Maßnahmen gegen sie nicht einmal mehr von dem Ausgang der Debatte im Abgeordnetenhaus ab, denn sie werden bereits seit über einem Jahr laufend diszipliniert.

Die Sozialarbeiter Maier, Rabatsch und Schmalzried werden im Bezirksamt Kreuzberg ununterbrochenen Diskreminierungen ausgesetzt und durch schikanöse Dienstanweisungen und Verbote unter Druck gesetzt und in ihrer Arbeit behindert.

Gegen Manfred Rabatsch wurde ein Disziplinar- und Strafverfahren in Gang gesetzt, die beide eindeutig auf seine Beseitigung aus dem öffentlichen Dienst

abzielen.

Gegen Manfred Kappeler ist das Berufsverbot auf der praktischen Ebene bereits soweit durchgeführt, daß er schon heute keine Anstellung im öffentlichen Dienst und in anderen Bereichen der Sozialarbeit mehr bekommt, obwohl seine Anstellung immer wieder von Sozialarbeitern, Erziehern und verschiedenen Hochschulen gefordert worden ist.



Eine Dokumentation über die Praxis der politischen Disziplinierung, wie sie in Westberlin im letzten Jahr verschärft eingeleitet wurde, wird in Kürze im Verlag Roter Stern veröffentlicht.

LEHRFREIHEIT AN DER FHSS EINGESCHRÄNKT

Die politische Diziplinierung macht sich an der Fachhochschule für Sozialarbeit besonders sichtbar an der Personalpolitik , wie sie vom Rektorat in Zusammenarbeit mit dem politischen Senat betrieben wird. So wurde z.B. die studentische Forderung, Manfred Kappeler als Sozialpädagoge zu berufen, nach 14 monatiger Hinhaltetaktik im Oktober 72 abgelehnt, obwohl der Senator für Wissenschaft und Kunst nach § 23,4 des Fachhochschulgesetzes über einen Berufungsvorschlag innerhalb eines Monats entscheiden soll.

Bei den bisherigen Berufungsverfahren haben die Studenten versucht, ihre Rechte nur über die Gremien wahrzunehmen. Wir haben gelernt, daß es total unmöglich ist, unsere Interessen über Gremienpolitik durchzusetzen, da die studentische Mitwirkung aufgrund der Drittelparität nur scheinbar ist, nur eine Alibifunktion nach außen erfüllt. Ein Protestschreiben der Studenten gegen die Ablehnung Kapplers wurde im Akademischen Senat von den Hochschullehrern und Rektoren abgelehnt.

Wir haben die Forderung an die Ausbildung, eine Vorbereitung auf unsere Arbeit zu sein, die es uns ermöglicht, sich weitgehenst mit den Betroffenen zu solidarisieren und gegen deren Disziplinierung und Kriminalisierung Widerstand zu entwickeln. Diese formulierten Ansprüche stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der personellen Besetzung unserer Seminare. Bezogen auf unsere Erfahrungen mit der sich in den Gremien konkretisierenden reaktionären Personalpolitik des Rektorats, beschlossen wir am 2.11.72 einen aktiven unbefristeten Streik mit der Forderung nach fortschrittlichen Dozenten. Darunter verstehen wir Hochschullehrer, die in der Lage sind, die Verbindung zu schaffen von marxistischer Analyse und gesellschaftlichen Erscheinungsformen, -auch im Bereich der Sozialarbeit-, die gesellschaftlichen Widersprüche aufzuzeigen und Handlungsanweisungen zu geben. Unser Kampf um fortschrittliche Lehrinhalte und Dozenten konkretisierte sich unter anderem an der Forderung nach Manfred Kappeler. Wir haben mit Manfred Kappeler die Erfahrung gemacht, daß er in der Lage ist, die geforderten Lehrinhalte zu vermitteln und die Forderung nach weiteren fortschrittlichen Dozenten durch sein solidarisches Verhalten unterstützt. Die politische Disziplinierung durch Schulleitung und politischen Senat trat vorerst verschleiert auf, so bedeutete der Brief des Senators Stein, in dem er den Streik illegalisierte, ein Druckmittel für die Dozenten, die sich nicht von dem Streik distanzierten, sondern ihn weiterhin unterstützten.

Die Schulleitung und ein Großteil der Dozenten verweigerte jede Stellungnahme. Sie versuchten Manfred Kappeler in einer scheinbar moralischen Argumentation zur Loyalität gegenüber der inhaltlich nicht begründbaren Dozentengemeinschaft zu zwingen. Gerade gegenüber Lehrbeauftragten hat dieser "Zwang zur Loyalität" seine materielle Basis, dadurch, daß die Lehraufträge in Alleinentscheidung des Rektors in jedem Semester neu vergeben werden. Die einzige Möglichkeit, die Schulleitung und einen Teil der Dozenten zu einer Stellungnahme zu zwingen, war ein Go-In der Studenten in eine ordentliche Akademische Senatssitzung.

Am 23. November 1972 kündigte Rektor Eberhard Kappelers Lehrauftrag für das Fach Sozialpädagogik mit sofortiger Wirkung und wies daraufhin, daß für das Sommersemester 73 kein weiterer Lehrauftrag vorgesehen sei. Eberhard begründete die Kündigung unter anderem damit, daß Kappeler gemeinsam mit anderen

eine ordentliche Sitzung des Akademischen Senats gestört, behindert und die Senatsmitglieder mehrere Stunden daran gehindert habe, den Sitzungsraum zu verlassen. Ebenso betroffen von der Kündigung waren über die Hälfte der Studenten des 6. Semesters, die kurz vor dem Examen standen, da Manfred Kappeler durch seine Lehrtätigkeit in seinen obligatorischen Seminaren prüfungsberechtigt war. So war mit einem Kündigungsschreiben die politische Disziplinierung von 61 Personen sichergestellt. Eine weitere offene Verschärfung war die Reaktion des Herrn Senators für Wissenschaft und Kunst, der eine Strafanzeige gegen "Unbekannt" wegen "Nötigung und Freiheitsberaubung" stellte, die jetzt von der politischen Polizei bearbeitet wird.

In den folgenden Wochen konnte einerseits durch die juristische Unkenntnis des Rektors eine einstweilige Verfügung erwirkt werden, andererseits wurde durch die Weiterführung der Seminare Manfred Kappelers bei massenhafter Anwesenheit der Studenten verschärfte Staatseingriffe während der Prüfung verhindert. (Diese waren in einem Brief vom 15.11. angekündigt worden).

-.-.-

Für das SS 73 zeichnet sich folgende Situation ab: alle Semester der Fachhochschule fordern massiv Seminare mit Manfred Kappeler. In der Studentenschaft wird zur Zeit diskutiert, ob Maßnahmen gegen die vom Rektorat im Gegensatz dazu eingesetzten Dozenten ergriffen werden. Die Studenten der Oberstufe haben für die Vertiefungsgebiete, die einen wichtigen Teil der Ausbildung darstellen, die freie Wahl der Dozenten und damit der Prüfer gefordert. Diese Forderung steht in Verbindung mit der von den Studenten erarbeiteten Konzeption für die Vertiefungsgebiete, die einer Ausweitung und Präzisierung der von uns formulierten Anforderungen an die Ausbildung entspricht und eine angemessene personelle Besetzung notwendig macht. Die Einstellung der von uns geforderten Lehrbeauftragten, u.a. auch Manfred Kappeler, wurde vom Rektorat abgelehnt. Die Oberstufe hat bereits einen der von den Dozenten diktierten Vertiefungsgebiete durchzuführen und eine Durchführung der Vertiefungsgebiete nach ihrer Vorstellung auch gegen den Beschluß des Akademischen Senats durchzusetzen.

Die immer wieder betonte Freiheit von Forschung und Lehre, für Lernende und Lehrende, ist solange geduldet, wie die Auseinandersetzungen auf abstrakt, theoretischer Ebene geführt werden; die Entwicklung an der Fachhochschule, die mit der inhaltlichen Diskussion um die Berufsperspektive verbunden war und ist, zeigt, daß dieses Zugeständnis an einen Wissenschaftspluralismus zur Farce wird und vom Staatsapparat mit allen Mitteln bekämpft wird, wo theoretische Auseinandersetzungen zu praktischen Handlungsanweisungen werden!

Studentengruppe an der FHSS

SVI-Tagung vom 6.4.-8.4.73 in Hann. Münden

Unter dem Stichwort " Berufsperspektiven " führte der Verband der Studentenschaften an Fachhochschulen und höheren Fachschulen in der BRD und Westberlin eine Tagung durch.
Es trafen sich ca. 80 -100 Sozialarbeiterstudenten von ca. 15 Fachhochschulen der BRD und Westberlin um mit Praktikern über die Verwirklichung von fortschrittlichen Zielvorstellungen der Sozialarbeit zu diskutieren.
Als Ergebnis dieser Tagung wird gefordert, diese Diskussion so früh wie möglich zu suchen und in einem so übergeordneten Rahmen wie der SVI es leisten kann, so oft wie möglich durchzuführen.
Aus dieser Diskussion heraus entstand auch die Forderung zu mehreren Sozialarbeiter ins "Amt" zu gehen (sich so früh wie möglich zu organisieren), um auf dieser Basis Veränderungen zu bewirken.
Ferner soll von den einzelnen Schulen von größeren Industriestädten statistisches Material z.B. über Bevölkerungsstruktur, Daten über Jugend - und Familienarbeit (offene Stellen), Parteienzugehörigkeit usw zusammengestellt werden, um eine Gruppenbewerbung leichter zu ermöglichen.

Für die nächste Tagung, die voraussichtlich in der letzten Oktoberwoche des Jahres stattfinden wird, wäre es notwendig, daß sich noch zahlreicher Praktiker aus verschiedenen Bereichen der Sozialarbeit und von verschiedenen Städten an dieser Diskussion beteiligen.

Thesen zur Einschätzung des Georg-von-Rauch-Hauses als Bestandteil proletarischer Stadtteilarbeit

Über den Abschluß der Verhandlungen zwischen den Bewohnern des Georg-v.-Rauch-Hauses und der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport und die Entwicklung bis zu diesem Zeitpunkt ist inzwischen von verschiedenen politischen Gruppen und Autorenkollektiven, die sich mit den Jugendlichen in ihren Auseinandersetzungen mit dem Staatsapparat solidarisierten, sowie von den Jugendlichen des Rauch-Hauses selbst ausführlich berichtet worden. Auch aus der Sozialbürokratie sind inzwischen einige apologetische Darstellungen zu dem einjährigen Streit um einen "Nutzungsvertrag" veröffentlicht worden.

Wir schließen uns im wesentlichen der Einschätzung der Arbeit des G.v.Rauch-Hauses an, die vor einigen Monaten in der Zeitschrift "Erziehung und Klassenkampf" Nr. 7/1972 von M. Kappeler, M. Liebel, U. Maier, M. Rabatsch und R. Schmalzried geleistet wurde und die den wackeren Sozialdemokraten Mertsch veranlaßte, im Berliner Abgeordnetenhaus ein Berufsverbot gegen die genannten Autoren, "soweit sie im öffentlichen Dienst beschäftigt sind", zu fordern. (s. das Flugblatt aus "Erziehung und Klassenkampf" Nr. 9, das in dieser SPK-Ausgabe dokumentiert wird.) Dieser Berufsverbotsantrag stellt entsprechend seinem parlamentarischen Aufwand einen Höhepunkt innerhalb der Reihe von bürokratischen Disziplinierungsmaßnahmen gegen die genannten Sozialarbeiter und Sozialpädagogen dar, die sich zugleich gegen die Jugendlichen des G.v.Rauch-Hauses und alle, die sich für deren Interessen einsetzen, richten.(Vgl. auch den Versuch der Sozialbürokratie, den Sozialarbeitern mittels der "Aussagepflicht" Angaben über die Entwicklung der Selbstorganisation zu erpressen (SPK Nr. 22 - 26)).
Der Verbotsantrag richtet sich darüber hinaus gegen alle diejenigen Kollegen, die sich auf die Seite der von der Jugend- und Sozialhilfe Betroffenen stellen. Der Verbotsantrag richtet sich weiter gegen die Tätigkeit der sozialistischen Intelligenz im Ausbildungsbereich. Den Autoren gilt darum unsere Solidarität und aktive Unterstützung.

Im folgenden wollen wir im Anschluß an die bisher vorliegenden Veröffentlichungen auf einige Gesichtspunkte der am Beispiel des G.v.Rauch-Hauses erprobten sozialistischen Jugendarbeit hinweisen, die weiter reflektiert und bearbeitet werden müssen.

I. Für die Sozial- und Jugendarbeit ist das G.v. Rauch-Haus vor allem als Negativbeispiel von Bedeutung: Das G.v.Rauch-Haus konnte und kann nicht als "sozialpädagogisches Reformmodell" vereinnamt werden, sondern bedeutet durch die Realisierung des Prinzips der kollektiven Selbstorganisation des eigenen Lebens das direkte Gegenteil. Statt "gesellschaftlicher Integration" und "sozialpädagogischer" Beschwichtigung durch die offizielle "Jugendfreizeitarbeit" ist hier von den Jugendlichen selbst ein sozialistisches Jugendzentrum errichtet worden, das die politische Arbeit dieser Jugendlichen in Ausbildung und Beruf wesentlich unterstützt. Die Stabilisierung ehemals deklassierter Jugendlichen im Kollektiv konnte nur gelingen innerhalb eines Ansatzes der Selbstorganisation der Arbeiterjugend.

II. Was ist nun mit dem Begriff "Selbstorganisation" gemeint? " Die Parole von der Selbstorganisation ist also zunächst als Versuch der Abgrenzung gegen alle Versuche der Bevormundung zu verstehen. Sie bezieht sich zuallererst auf die Bereiche, in denen eine eigenständige politische Organisierung dieser Arbeiterjugendlichen am ehesten möglich erscheint: den Freizeit- und Wohnbereich; und zielt auf verbesserte Ausgangsbedingungen dieser Jugendlichen für den politischen und ökonomischen Kampf. Sie beinhaltet eine besondere Chance zur Stärkung des kollektiven Selbstbewußtseins und Kampfwillens von ansonsten von Vereinzelung bedrohten Teilen der Arbeiterjugend.
Als Ausdruck antibürokratischer und antiautoritärer Abgrenzung und Selbstbehauptung schließt sie zwar bestimmte, die Spontaneität der Massen und die Selbständigkeit der Arbeiterjugend negierende Formen der Organisation und des Kampfes aus, enthält jedoch noch keine positiven inhaltlichen Bestimmungen der Strategie und Taktik im Klassenkampf.....
D.h., es geht um die Frage, wie das Verhältnis von Praxis und Theorie, von Kämpfen und Lernen, im Hinblick auf die notwendige Organisierung der Arbeiterjugend bestimmt werden muß. Gelingt die Vermittlung dieser Momente nicht, so zerreiben sich die Subjekte entweder in purem subjektivistischem Aktionismus, der immer auf Provokationen und unmittelbar erfahrbares Leiden reagiert, ohne den Kampf strategisch planen zu können, oder sie fetischisieren die Notwendigkeit von Organisation und Theorie in einer Weise, die die Individuen von ihren Erfahrungszusammenhängen und Bedürfnissen abschneidet und jede Spontaneität erstickt." (aus: Erz. und Kl.kampf, s.o., S. 38)

Zur weiteren fortschreitenden Organisierung der Arbeiterjugend gehört die Erkenntnis, daß sozialistische Jugendzentren - die die Bereiche Wohnen und Freizeit erfassen - nur Hilfs-, jedoch keine Ersatzfunktionen für die notwendige Organisierung im Bereich der Produktion haben können. Sozialistische Jugendzentren bieten nur sinnvolle organisatorische Hilfsmittel (Räume, Kommunikations- und Wohnzusammenhang, gegenseitige Unterstützung und Erziehung usw.) aber definieren noch nicht Inhalt und Ziel organisierten politischen Handelns, das am Arbeitsbereich (Betriebsebene und Gewerkschaften) ansetzen und in einen allgemeinen politischen Aktionszusammenhang (proletarische Massenorganisation) eingebunden sein muß.

III. Als Bestandteil der Stadtteilarbeit ist das G.v. Rauch-Haus entsprechend seiner Vorgeschichte mit der Abwehr gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen durch die umfassende Anpassung der städtebaulichen, infrastrukturellen und allgemeinen wirtschaftlichen Gegebenheiten im lokalen Raum an die Anforderungen der kapitalistischen Entwicklung verbunden.

Die Brutalität der Reaktionen des Staatsapparates auf Ansätze der Organisation der Lohnabhänigen im Reproduktionsbereich zeigen sich derzeit exemplarisch in Frankfurt: obgleich einfache Hausbesetzungen noch nicht mit Arbeitskämpfen zusammenhängen, provozieren sie den Einsatz des Unterdrückungsapparats der Herrschenden, da solche Aktionen den Lohnabhängigen im Stadtteil exemplarisch die Unmenschlichkeit kapitalistischen Eigentums (hier Grund und Boden) und die Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Verfügungsmacht des Kapitals zunehmend sichtbar machen. Hausbesetzungen und ähnliche Aktionen können darüberhinaus ein Bewußtsein von der Möglichkeit und Notwendigkeit von Gegenwehr und Organisierung vermitteln und die Eskalationsstufen des Gewaltpotentials des kapitalistischen Systems und seines Staatsapparats deutlich machen.

Zwar fand seit der Besetzung des G.v.Rauch-Hauses trotz mehrfacher Androhungen aus verschiedenen Gründen (s.u.) keine Räumung des Hauses statt, (wenn auch verschiedene Polizeirazzien und andere Provokationen eine Räumung vorbereiten sollten). Doch die Entstehung und Entwicklung des G.v.Rauch-Hauses ist - wie die Hausbesetzungen in Frankfurt und anderswo - Bestandteil der Abwehrkämpfe von Teilen der Bevölkerung gegen die vom Kapital gesteuerten Sanierungsmaßnahmen, die allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen und die wirtschaftlichen Polarisierungsprozesse. Die Bewohner des Rauch-Hauses gehen jedoch über den Akt der Besetzung und des Bewohnens hinaus, indem sie ihren Reproduktionsbereich insgesamt organisieren.

Das bisher Ausgeführte reicht zu einer theoretischen Einschätzung des Stellenwerts des G.v.Rauch-Hauses für den politischen Kampf noch nicht aus. Es bedarf dazu noch einer näheren Bestimmung des Verhältnisses von politischer Arbeit im Produktionsbereich und im Reproduktionsbereich. Dies gilt ebenso für die Beurteilung von verschiedenen Konzeptionen von Stadtteilarbeit.

IV. Für das Nachgeben der Senatsverwaltung waren neben der Breite der Protestbewegung zur Unterstützung der Jugendlichen sowie dem Widerstand der Jugendlichen selbst maßgeblich vor allem die Dysfunktionalität der öffentlichen Jugendpflege und Heimerziehung: Wäre eine Kontrolle des Rauch-Hauses gelungen, wäre hier allenfalls eine Jugendarbeit an der langen Leine bei politischem Substanzverlust des Kollektivs zustandegekommen. In einem effektiven Schnellverfahren hätten Trebegänger durch gleichaltrige Arbeiterjugendliche "sozialisiert" werden sollen und es hätten politisch folgenlose Freizeitbeschäftigungen - alles beim Schein von "Selbstbestimmung", "Kooperation" und "Koordination" - entwickelt werden können.

Die Konflikte zwischen den unterschiedlichen Fraktionen innerhalb des Staatsapparats bezogen sich auf die Gewichtung der jeweiligen Mittel zur Abschaffung des Rauch-Hauses als einem Teil proletarischer Stadtteilarbeit (Skala von der Räumung durch Polizeieinsatz bis zur sozialpädagogischen Integration). Diese unterschiedliche Gewichtung der Interventionsmaßnahmen ist für das taktische Abwehrverhalten von Bedeutung. Die Jugendlichen haben bald erkannt, daß subjektive Überzeugungen einzelner Staatsbediensteter, das "Beste zu wollen" und "im Interesse der Jugendlichen zu handeln" usw. , auch moralisch anerkennenswerte Überzeugungen oder fortschrittliche politische Einstellungen nichts daran ändern, daß sie innerhalb vorgegebener Grenzen objektiv nur im Systeminteresse handeln können.

Bei den Auseinandersetzungen um den "Nutzungsvertrag" handelte es sich nicht um zwei "gleichberechtigte Verhandlungspartner", sondern um einen Teil der Staatsbürokratie, der einen "illegalen Akt" für die Lösung der Widersprüchlichkeiten der sozialpädagogischen "Hilfe-"apparatur funktionalisieren wollte auf der einen Seite, und um Arbeiterjugendliche, die sich entschlossen haben, ihre Interessen im politischen Kampf durchzusetzen auf der anderen Seite, - sowohl in den Verhandlungen als auch bei der Abwehr von Überfällen auf das Rauch-Haus. In der Auseinandersetzung mit den innerhalb ihrer Biografie als Unterdrücker tätig gewordenen Instanzen entwickelte sich im Zeitraffertempo ein Prozeß politischer Sozialisation, in dem auch die deklassierten Jugendlichen in die Gruppe der Arbeiterjugendlichen reintigriert wurden.

Unabhängig vom "subjektiven guten Willen" einzelner Lohnabhängiger im Apparat und auch einiger leitender Funktionäre konnte die Sozialbürokratie bestenfalls dem Kollektiv die Probleme deklassierter Jugendlicher übertragen, in der Absicht, ein zur Zeit dringlicheres Problem (Ineffektivität des Kontrollrepertoires im Randgruppenbereich) loszuwerden, und dabei gleichzeitig die Entwicklung des Hauses kontrollieren und steuern zu können.

V. Es ist notwendig, die Verschiedenheit der proletarischen Selbstorganisation im Rahmen bestimmter Konzeptionen von Stadtteilarbeit gegenüber einem noch so "reformfreudigen" sozialpädagogischen Handeln, das um Rücksichten auf den Anstellungsträger nicht herumkommt, klar herauszustellen. Ebenso ist es notwendig, die Unterschiedlichkeit der politischen Aktionsmöglichkeiten in beiden Bereichen zu charakterisieren. Die Situation fortschrittlicher Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Lehrer im Staatsapparat wird durch diese objektiven Beschränkungen individueller Aktionsmöglichkeiten aufgrund institutioneller Anforderungen deutlich: Neben dem Kampf für die Verbesserung der objektiv für die Qualifizierung der Arbeitskraft notwendigen Tätigkeiten (- dazu gehört auch der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen -) müssen die abgeforderten Disziplinierungs- und Kontrolltätigkeiten blockiert werden. Dadurch können dann gesellschaftverändernde Impulse politischer Gruppen in bestimmtem Umfang "von innen" abgesichert werden.

Aber weder die Forcierung von Hausbesetzungen, noch von ganz bestimmten "sozialpädagogischen Reformen" - oder allgemein: von Kämpfen für die Verbesserung der Reproduktionsbedingungen - bewirken für sich allein eine grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern nur die Beteiligung an dem Prozeß der allgemeinen politischen Organisierung der Lohnabhängigen unter Führung der Arbeiterklasse.

BEMERKUNGEN ZUR REICHEL-STELLUNGNAHME

Manfred Kappeler, Manfred Liebel, Udo Maier, Manfred Rabatsch, Renate Schmalzried.

Vorbemerkung:

Diesen Beitrag hatten wir der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport zugeschickt mit der Bitte, ihn im "Neuen Rundbrief" zu veröffentlichen. Was von den ständigen Beteuerungen, der "Neue Rundbrief" sei eine offene Plattform für die Diskussion der "Basis" zu halten ist, zeigt sich darin, dass die Redaktion sich schlicht weigert, unseren Beitrag abzudrucken. Stattdessen bringt sie in der kommenden Nummer des "Neuen Rundbriefs" eine weitere Senats-"Stellungnahme", diesmal von Rüdiger Barasch. Die Senatsverwaltung scheint es nötig zu haben! Da wir in der "Stellungnahme" von Ilse Reichel bereits massiv, in teilweise denunziatorischer Weise, angegriffen worden sind, sind wir der SPK-Redaktion dankbar, dass sie unsere Erwiederung veröffentlicht.

Die Solidaritätskampagne zur Verhinderung der Schliessung des Georg-vonRauch-Hauses hat die Jugendsenatorin Ilse Reichel zu einem Rechtfertigungsversuch veranlasst ("Stellungnahme zum Jugendwohnkollektiv des Jugendzentrums Kreuzberg e.V.", in : Neuer Rundbrief 4/72, Seite 40-46).

Ilse Reichel hat damit zusätzlich Einblicke vermittelt in die Rolle, die linke Sozialdemokraten im Staatsapparat, zumal in der Sozialbürokratie kapitalistischer Gesellschaften zu spielen haben. Wenn Ilse Reichel die "leidenschaftliche Anteilnahme" (S. 40) an der Entwicklung des Rauch-Hauses als "ausgesprochen positiv" (S. 40) empfindet, erweckt sie den Anschein von Verständnis für die Lebensbedingungen und Erfahrungen der Rauch-Haus-Jugendlichen mit der Sozialbürokratie. In Wirklichkeit dient ihre Stellungsnahme der Rechtfertigung der Unterdrückungsmassnahmen der Sozialadministration. Sie kann nicht verhindern, dass diese Massnahmen gegen das Kollektiv als Teil einer Machtpolitik des Senats erkennbar werden.

Ilse Reichel macht sich letztlich zum flexiblen Vollstrecker einer Politik, die zu verhindern sucht, dass sich die Interessen der Arbeiterjugendlichen politischen Ausdruck verschaffen.

Die "Stellungnahme" ergreift an keiner Stelle Partei für die Jugendlichen gegen diejenigen Kräfte und Personen, die seit langem das Rauch-Haus zum Teufel wünschen und zimperlich in der Wahl der Methoden sind(Polizeirazzien, Diffamierungen, Disziplinierungen der Sozialarbeiter im Bezirksamt Kreuzberg usw.). Stattdessen unterstützt sie die Diffamierungskampagne, indem sie das selbstbewusste Verhalten des Kollektivs unter Berufung auf den vielseitig verwendbaren Horst Eberhard Richter als "paranoide kämpferische Gruppenstimmung" (s.46) denunziert und als manipulatives Teufelswerk einiger Berater und erwachsener Mitglieder des Kollektivs" (S. 46) hinstellt, die " von vorneherein die eingeleiteten Kooperationsprozesse unterminierten und innerhalb eines bedingungslosen Kampfes gegen die reformwillige Staatsapparatur alle meine Bemühungen 'als' taktische Manöver entlarvten'. Sie haben entscheidenden Anteil....." (S. 46) usw.usw.
Damit beschuldigt Ilse Reichel dieselben Leute der Manipulation und Verführung, deren sie und ihre Mitarbeiter sich zuvor monatelang selber zu bedienen versucht hatten, um das Kollektiv in ihrem Sinne zu lenken. Offensichtlich können sich die Senatsbeamten Arbeiterjugendliche nur als zu manipulierende Objekte vorstellen, die ihre Interessen nicht selber erkennen und vertreten können.

Damit trägt Ilse Reichel aber auch in massiver Weise dazu bei, fortschrittliche Pädagogen und Sozialarbeiter im öffentlichen Dienst einem möglichen Berufsverbot auszuliefern. Erinnert sei an die Drohungen, die der CDU-Abgeordnete Wischner am 23.1.73 in Anwesenheit und ohne Widerspruch von Ilse Reichel im Ausschuss für Familie, Jugend und Sport des Abgeordnetenhauses ausstiess: "Nun noch ein paar Worte zu den Beratern, ich würde eher sagen 'Indoktrinatoren! Sowohl der SPD-Abgeordnete Mertsch als auch ich haben vor mehreren Monaten im Plenum auf das

Treiben dieser Leute hingewiesen und den Senat gebeten, geeignete Schritte zu unternehmen, um das fragwürdige Verhalten dieser Personen einer genauen Beobachtung und Prüfung zu unterziehen. Leider haben wir bislang nichts mehr davon gehört, obwohl wir auch aufgrund der bekannten Veröffentlichungen ziemlich sicher sind, dass ihre Einstellung zum Grundgesetz- teilweise sind sie sogar Beamte des Landes Berlin- mehr als zweifelhaft ist."

Ilse Reichel will in ihrer "Stellungnahme" den Eindruck erwecken, die Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport sei schier unermüdlich bemüht gewesen, sich "immer und immer wieder " den Jugendlichen im Rauch-Haus" als partiellen Bündnispartner anzubieten" (S. 45), während die Jugendlichen und vor allem ihre "Berater" die Jugendbehörde zum Aussenfeind Nummer 1 hochstilisiert (S. 46) und alles daran gesetzt hätten, die "Demokratisch- sozialstaatlichen Veränderungsversuche" (S. 44) der Reichel-Mannschaft zu unterminieren.

In Wirklichkeit musste das Rauch-Haus-Kollektiv gerade gegenüber der Kreuzberger und der Senats- Sozialbürokratie seit der Besetzung im Dezember 1971 immer wieder immense Anstrengungen unternehmen, um zu verhindern, dass das Rauch-Haus in einem System von Auflagen, Kontrollbestimmungen und Kontrollversuchen erstickte, die unter Hinweis auf die angebliche Rechtslage durchzusetzen versucht wurden. Hätten die Jugendlichen auf den Widerstand dagegen verzichtet, so stünde die Selbstorganisation heute bestenfalls noch auf dem Papier, und das Rauch-Haus würde sich kaum noch in nennenswertem Masse von der noch immer vorherrschenden Art von Jugendwohnheimen und Fürsorgeheimen unterscheiden. Man vergleiche die Belege hierfür in der Dokumentation des Rauch-Hauses "KÄMPFEN, LERNEN, LEBEN" und in unserem Artikel in der Zeitschrift "Erziehung und Klassenkampf" (Nr. 7/72, Ein Ansatz proletarischer Jugendarbeit im Stadtteil"), die trotz ansonsten ausgiebiger Zitierung weder in der "Stellungnahme" noch in der Senats- und Bezirksamts-offiziellen Dokumentation in der Zeitschrift "Soziale Arbeit" (6/72 und 7/72) Erwähnung finden.

Ilse Reichel regt sich unheimlich auf, dass wir von "Kämpfen gegen den Staatsapparat" sprechen, und wird nicht müde, entsprechende Stellen aus unserem Artikel zu zitieren. Wer die Praxis der im Rauch-Haus lebenden Jugendlichen kennt, ihre Selbstdarstellungen und unsere Ausführungen in dem als Provokation empfundenen Artikel im Zusammenhang (und nicht bloss in Form herausgerissener Kurzzitate) studiert, dem wird nicht verborgen bleiben, dass an keiner einzigen Stelle und bei keiner Gelegenheit die Ansicht vertreten wurde, die 40 bis 70 im Rauch-Haus lebenden Arbeiterjugendlichen könnten den Staat in Form des Berliner Senats und seiner Verwaltungsapparatur gewaltsam über den Haufen rennen. In den Kämpfen des Rauch-Hauses "gegen den Staatsapparat" ist das überhaupt nicht das wesentliche Problem: die Kämpfe wurden und werden geführt, um zu verhindern, dass den Jugendlichen Lebens- und politische Handlungsmöglichkeiten genommen werden, die sie mit der Besetzung des Rauch-Hauses sich errungen haben.

Wie notwendig und wahrscheinlich weitere Auseinandersetzungen zwischen dem Kollektiv und Ilse Reichels Senatsverwaltung sind, macht gerade die Entstehungsgeschichte und der Inhalt der Nutzungsvereinbarung deutlich, die Ende Januar doch noch abgeschlossen wurde. Ihre "sehr ins Einzelne gehende Regelungen..., die insbesondere Aussenstehenden als ein formalistisch--bürokratisches 'Gestrüpp von Paragraphen' erscheinen können" (Stellungnah S. 40), demonstrieren den Schein von Gleichheit von Rauch-Haus und Senat, um das in Wahrheit konstituierte "besondere Gewaltenverhältnis" zu verschleiern, dem sich zu unterwerfen man dem Kollektiv schlicht per Kündigung nahelegte. Die Jugendlichen haben erkannt, dass sich hinter Flosskeln wie: "Wenn einer der Vertragschliessenden den Verpflichtungen aus diesem Vertrag beharrlich zuwiderhandelt, ist der andere Vertragsschliessende berechtigt... zu kündigen" (Aus Paragraph 17 der Nutzungsvereinbarung) - die nackte Staatsgewalt verbirgt, von der - nach all den unerfreulichen Erfahrungen - noch einiges weitere unerfreuliche zu erwarten sein würde.

Dem am letzten Tag der Kündigungsfrist noch zustande gekommenen Vertragsabschluss gingen einige Etappen voraus, die zum besseren Verständnis der Gesamtentwicklung hier noch einmal kurz aufgezeigt werden sollen. Im Vordergrund der Politik der Sozialbürokratie gegenüber dem Kollektiv stand bis zum Entwurf der "endgültigen Nutzungsvereinbarung" im Herbst 1972 die Integrationsabsicht. Als durch den konsequenten politischen Kampf des Kollektivs gegen "Integration" und Bevormundung dem Senat klar wurde, dass die Chance der entpolitisierenden Integration in die Senatsjugendpolitik nicht mehr bestand, wurde die konkrete Politik des Senats und Bezirksamtes zunehmend von der direkten Unterdrückungsfunktion des kapitalistischen Staatsapparates bestimmt. Als die Verhandlungen im Oktober "scheiterten", wurde von Seiten der Senatsbürokratie zielstrebig die Schliessung des Rauch-Hauses vorbereitet, die allerdings im Interesse der formaldemokratischen Legitimation des bürgerlichen Staates möglichst "gewaltlos" und wenig spektakulär über die Bühne gehen sollte. Die Strategie des Senats vollzog sich auf 3 Ebenen:

1. Statt sich mit der politischen Praxis des Kollektivs inhaltlich auseinanderzusetzen, wurde durch die Rädelsführer"theorie" das Kollektiv zum bedauernswerten Manipulationsobjekt einiger "Linksradikalen" stilisiert, deren politisches Unwesen es eigentlich zu bekämpfen gälte und vor deren Indoktrination die Jugendlichen zu schützen seien.

2. Mit dem Hinweis "die Ratten verlassen das sinkende Schiff" sollte der Bevölkerung ein Verfallsprozess des Kollektivs suggeriert werden. (vgl. die Stellungnahme der Kreuzberger Jusos im Extra-Dienst vom 3.1.1973: " 1. Nachruf auf das Georg-von-Rauch-Haus", mit der Behauptung, dass sich nur noch 28 Jugendliche im Kollektiv befänden).

3. Damit verbunden wurde die bewusste Falschinformation verbreitet, dass es sich bei dem "Restkollektiv" um kommunistisch gelengte Arbeiterjugendliche handele, alle ehemaligen Trebegänger ausgestossen worden seinen und keine Trebegänger mehr aufgenommen würden. Diese Behauptung sollte die Legitimation für die Erklärung des "Scheiterns des sozialpädagogischen Experiments" und der Notwendigkeit der Schliessung liefern, sowie die Isolierung des Kollektivs bezwecken.

Das Rauch-Haus-Kollektiv durchkreuzte allerdings diese Strategie durch die Entfaltung einer weit über Berlin hinausreichenden Kampagne, in deren Verlauf sich zahlreiche Individuen und Organisationen, vor allem Jugendliche und die sog. Fachöffentlichkeit mit dem Rauch-Haus solidarisierten, und die eine Reihe ähnlicher Jugendinitiativen in der BRD und Westberlin bewirkte.

Damit wurde für den Senat erkennbar, dass es eine stillschweigende Schliessung des Rauch-Hauses nicht geben würde. In dieser Situation war er gezwungen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und mit der Akzeptierung wesentlicher, lange auf dem Tisch liegender Forderungen des Kollektivs (Wegfall der fristlosen Kündigung und Einschränkung der Kontrollmöglichkeiten, bzw. Heimaufsicht) die materiellen Voraussetzungen für den Vertragsabschluss zu schaffen.

Dieses notwendig gewordene Eingehen auf die Forderungen des Kollektivs wurde nun gegenüber der Öffentlichkeit so gerechtfertigt, -

dass die Jugendlichen sich von den "Ideologen" abgewandt hätten und dem positiven Einfluss "eines Mannes der Kirche" (Superintendent Dr. Rhein aus Kreuzberg) gefolgt seien.

Seit der Unterzeichnung des Vertrages wird nun wieder voll die Integrationspolitik verfolgt mit der Betonung der zunehmenden Unabhängigkeit des Kollektivs von den Beratern und der wachsenden "Kooperationsbereitschaft" der Jugendlichen gegenüber dem Senat. Das Kollektiv hat mit der Herausgabe der neuesten Rauch-Haus-Zeitung ("1 : 0 fürs Rauch-Haus") und der Neuauflage der erweiterten Dokumentation "KÄMPFEN LERNEN LEBEN" zu dieser Erklärung inzwischen eindeutig Stellung genommen. (Zeitung und Dokumentation sind über das Rauch-Haus, 1 Berlin36, Mariannenplatz 1 a, zu beziehen.)

Resolution der ÖTV-Betriebsgruppe

Am 6.12.1972 stellte die Betriebsgruppe des Bezirksamtes Kreuzberg der ÖTV die Forderung nach einer Tariferhöhung um einen einheitlichen Festbetrag von 200.-- DM für alle Kollegen auf.

Diese Förderung, die in gleicher oder ähnlicher Höhe aus zahlreichen anderen Abteilungen und Betriebsgruppen gekommen ist, hat zum Ziel, das weitere Auseinanderklaffen der Lohn- und Gehaltsschere und damit die verstärkte, im Interesse der Arbeitgeber liegende Spaltung der Kollegen zu verhindern und den existenznotwendigen Mindestlohn für die Kollegen der unteren Lohn- und Gehaltsstufen zu sichern, die am meisten von den Preissteigerungen betroffen sind.

Der Festbetrag von DM 200.-- ist keine aus der Luft gegriffene Forderung, sondern bedeutet für die Empfänger von durchschnittlichen Löhnen und Gehältern lediglich die Beibehaltung ihres Lebensstandards, denn außer den Netto-Preissteigerungen von mindestens 6,9% (in Berlin 7,9%) sind die Beiträge zur Sozial- und Arbeitslosenversicherung gestiegen, weitere Prozentanteile werden durch die Steuerprogression aufgesogen und grundsätzlich zahlen gerade viele Berliner Kollegen seit dem 1.1.1973 erhöhte Mieten.

Wir müssen daher schärfstens dagegen protestieren, daß die Große Tarifkommission sich bei der Aufstellung der Forderung von 6% und 70.-- DM nicht nach den Interessen der Mitglieder und den Forderungen zahlreicher Abteilungen und Betriebsgruppen gerichtet hat.

Die von der Tarifkommission ausgehandelte Brutto-Lohnerhöhung von durchschnittlich 8,5% bedeutet bereits jetzt eine Nettoeinbuße von ca. 2-3%, wie sich dieser Lohnraub bis zum Ende des Jahres steigern wird, läßt sich schon jetzt deutlich voraussehen.

Wie konnte die Große Tarifkommission in eine reale Verschlechterung unserer materiellen Lebenslage einwilligen? Auf dem letzten Titelblatt des ÖTV-Magazins las man: "Was die Mitglieder wollen, die ÖTV fordert es." Nun - der überwiegende Teil der Gewerkschaftskollegen ist bei den letzten Tarifabschlüssen nicht nach seinem Willen gefragt worden -, dort, wo er gefragt wurde, man vergleiche etwa die Urabstimmung zum 8,5%-Tarifabschluß unter den nordrheinwestfälischen Stahlarbeitern, stimmten über 66% gegen den Verrat ihrer materiellen Interessen durch die Gewerkschaftsspitze.

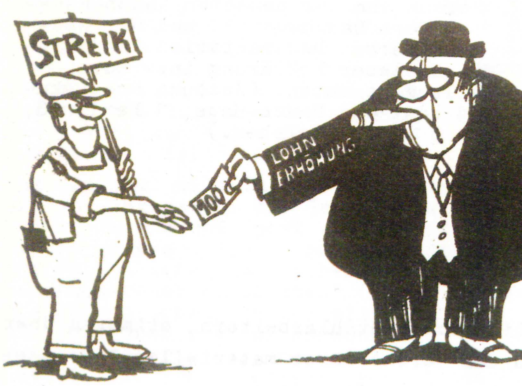
Die ÖTV-Gewerkschaftsspitze hat es vorsichtshalber erst gar nicht riskiert, die Kampfbereitschaft der von ihr vertretenen Kollegen durch eine Urabstimmung zu testen. Stattdessen lobt sie ihren Tarifabschluß als "konjunkturbewußt" (Kluncker), d.h., wir sollen Zurückhaltung üben, um die "Stabilitätspolitik" der Regierung nicht zu gefährden!

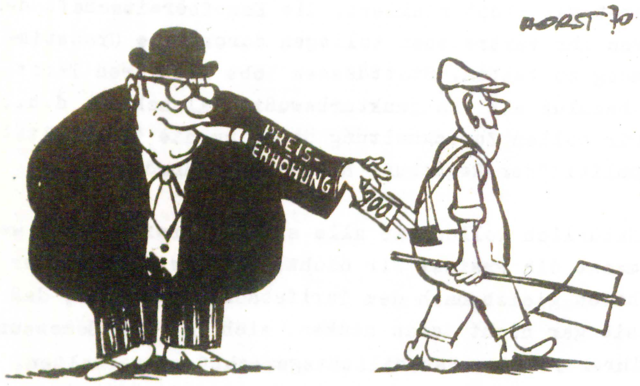
Natürlich wollen wir alle stabile Preise -aber wer macht die Preise? Wir nicht! Und die Unternehmer haben gleich nach dem Tarifabschluß gezeigt, daß sie gar nicht daran denken, sich bei der Bemessung ihrer Profite "stabilitätsgerecht" zu verhalten, und z.B. für den Bereich der Autoindustrie drastisch die Preise erhöht.

Wie können wir uns gegen die Verschlechterung unserer materiellen Lage wehren? Wir müssen alle Kollegen darüber informieren, daß das Märchen von der Lohn-Preisspirale eigens dazu erfunden wurde, den Lohnraub bei steigenden Preisen zu verschlechtern und daß allgemein der entschiedene Einsatz für eine Einheitsforderung, die die Preissteigerungen ausgleicht, und das weitere Auseinanderklaffen der Einkommensschere verhindert, unsere Position gegenüber dem Arbeitgeber stärken kann.

Wir fordern den Haupt- und Bezirksvorstand auf, den Beschluß des letzten Gewerkschaftstages endlich in die Tat umzusetzen und für rechtzeitige Mobilisierung aller Kollegen vor den Tarifverhandlungen zu sorgen. Wir fordern, daß vor Aufstellung der Tarifforderungen <u>und</u> vor Abschluß der Tarifverträge Urabstimmungen durchgeführt werden.

Für die Zukunft fordern wir: einheitliche Lohnerhöhung um Festbeträge! Erhöhung des Kindergeldes! Festsetzung eines Mindestnettogehaltes von 1.000,-- DM ! Möglichkeit der Kündigung der Tarifverträge bei mehr als 3% Preissteigerung! Eine einheitliche Ausbildungsvergütung, die sich an den Lebenshaltungskosten bemißt, heute mindestens 600,-- DM! Vereinheitlichung der Tarifverträge! Einheitliche Tarifverhandlungen für Auszubildende und Beschäftigte! Ersatzlose Streichung der untersten Lohn- und Gehaltsgruppen!





tz München



Fortsetzung SPK Berlin

STREIK AM OBERLIN-SEMINAR

Am Oberlin-Seminar, der evangelischen Erzieherfachhochschule, wurde gestreikt. Die Studierenden wollten dadurch gegen die willkürliche Entscheidung des Schuldirektors Einspruch erheben. Drei Honorardozenten ist der Vertrag nicht verlängert worden, obwohl die Studierenden sich ausdrücklich für den Verbleib der Dozenten an der Schule ausgesprochen hatten. Die Begründung des Direktors, warum die drei Dozenten nicht an der Schule verbleiben können, läuft auf eine platte Tautologie hinaus. Sie müssen gehen, weil eine hauptamtliche Dozentin für sie eingestellt wurde, die hauptamtliche Dozentin wurde eingestellt, weil sie gehen müssen. Diese fadenscheinige Rechtfertigung macht deutlich, daß die Kündigung einen ganz anderen Grund haben muß, der Direktor sich aber hütet, ihn öffentlich zu nennen.

Daß die drei Dozenten an der Erzieherfachhschule für das Diakonische Werk nicht mehr brauchbar sind, liegt einzig daran, daß sie es gewagt haben sich statt mit dem Direktor mit den Interessen der Studierenden zu verbünden. Sie haben es gewagt, den Studierenden, deren Belange doch in einer Lehrerkonferenz verhandelt werden, Einblick zu gewähren , in dieses sorgsam gehütete Arkanum. Ein stillschweigendes Abkommen: die Geheimhaltung der Konferenz und das Festhalten an nicht mehr zu begründenden Machtverhältnissen, erinnert an ritualistische Feste. Das die Lehrerkonferenz nicht bloß daran erinnert, sondern tatsächlich in ritualistischer Manier durchgeführt wird, haben die drei Dozenten und die Studierenden erlebt. Das Ritual soll symbolisch einstehen für den gesamten Lebenszusammenhang, in dem sich die beteiligten Personen befinden. Durchbricht jemand dieses Ritual, muß er geopfert werden. In der Lehrerkonferenz haben sich die Dozenten zu der Einstellung des Mächtigsten, des Direktors zu bekennen. Damit soll gleichzeitig versichert werden, daß sie sich nach außen, also zu den Schülern, erst recht für den Direktor einsetzen. Die drei Dozenten haben weder das eine, noch das andere getan. Die, die sich weigerten ein unsinniges Ritual zu zelebrieren und ihre Funktion als Lehrer ernst nahmen hat man rausgeschmissen.

Die Fachschulen haben, wie man sieht, ein ideologisches Rezept entwickelt, bei Kündigungen den Inhalt des Extremistenerlasses zu praktizieren, ohne direkt sich auf ihn zu berufen: man stelle Honorardozenten ein, prüfe ihre QUalifikation, die sich nach ihrer politischen Einstellung und ihrem Engagement bestimmt und nach einem halben Jahr kann man sie ohne Begründung auf die Straße setzen. So hat man auch in Bochum erst kürzlich beim Rausschmiß einiger Honorardozenten aus der Fachhochschule sich dieser Maskierungsform des Extremistenerlasses bedient.

Dokument:

DER WOHNUNGSKAMPF GEHT WEITER!



Die gespenstische Räumung des Kettenhofweg 51 in der Nacht zum Mittwoch war nicht das Ende des Kampfes gegen Bodenspekulation und Vermieterterror in Frankfurt. Daß es eines Bürgerkriegsaufgebots von 700 schwerbewaffneten Polizisten brauchte, um zehn Hausbesetzer morgens um 4 Uhr rauszuschmeißen, daß die Öffentlichkeit weit über Frankfurt hinaus miterlebte, wiedas politische Versagen des Frankfurter Magistrats und der SPD seinen Ausdruck fand in der Zerstörung von Wohnraum und Möbeln---- das war ein Erfolg von nicht nur 2 Wochen Aufklärung, Demonstration und Widerstand gegen die Polizei. Es ging nicht nur um dieses eine besetzte Haus in diesem Kampf, es ging nicht nur um das Westend. Dort ist nur am deutlichsten das Elend kapitalistischer Städtebaupolitik sichtbar geworden.
Die Demonstration am Samstag geht deshalb absichtlich nicht durch das Westend, sondern geht von der Hauptwache durch das Nordend und Bornheim;durch Stadtviertel also, die, wie noch viele andere rings um die Innenstadt dasselbe Schicksal wie das Westend erleben werden. ----Wenn wir uns nicht wehren!!!!

DIE NEUE LEBENSQUALITÄT!

Wir sind dem Staat dankbar, daß er uns in diesem Jahr einen neuen Rekord im Wohnungsbau beschert hat.

- Schlaftürme wie am Heiligenstock
- Massenghettos wie in der Nordweststadt

Immerhin---die Vermieter sind unsere alten, nur die Mieten etwas höher, die Wohnungen etwas kleiner, die Wände etwas dünner, die Räume etwas niedriger. Dafür... sind die sanitären Anlagen hochmodern!

Wir wohnen aber nicht in Klos!!!!

Wir wollen Kontakte zu unseren Nachbarn, wir wollen abends in Kneipen oder ins Kino gehen-und das möglichst zu Fuß. Wir wollen keine langen Anfahrtswege zu unseren Arbeitsstätten, die uns Nerven und Zeit kosten, die uns niemand bezahlt.
!!!!Wir sind keine Maschinen, die tagsüber funktionieren und Nachts irgendwo abgestellt werden!!!!

ZUM BEISPIEL: NORDEND!

Heute ein Wohngebiet mit ca. 66.000 Einwohnern. Laut Strukturplan der Stadt Frankfurt sollen hier in den nächsten Jahren mehr als hundert Häuser abgerissen werden, damit Spekulanten Bürohäuser hinstellen und Luxuswohnungen bauen kömen, die keiner bezahlen kann.

Viele tausend Mieter werden durch drastische Mieterhöhungen, geplanten Verkehrsterror, geplante Verslumung systematisch vertrieben. Die Häuser werden abgerissen. Die Mieter müssen sich um neue enge Wohnungen auf dem "freien Wohnungsmarkt" kümmern. Sie suchen wochen-, monatelang, manchmal Jahre.
Großbankier Selmi hat gerade einen riesigen Häuserkomplex in der Höhenstraße aufgekauft, der Abriß dieser Mietshäuser ist nur noch eine Frage der Zeit. Dann wird es auch da aussehen wie an der Rothschildallee Ecke Günthersburgallee: vier Zimmer kosten tausend Mark, Dreizimmerwohnungen in den oberen Stockwerken sogar 1300,-- DM. Dreiviertel dieser Wohnungen stehen leer. Gleich nebenan müssen sechsköpfige Familien in einem Zimmer hausen.

Das alles entsteht nicht zufällig, es ist alles im Strukturplan des SPD-Magistrats vorgesehen. Bockenheim, das Westend, Rödelheim, Heddernheim, Nordend, Bornheim usw. werden mit den Strukturplänen systematisch zerstört wenn wir uns nicht wehren!
Heute, nach den Erfahrungen im Westend, kann keiner dieser Herren mehr sagen, so habe er das

nicht gewollt. Der Polizeiterror gegen die Hausbesetzer und gegen die ausländischen Familien, die wie z. B. in der Baustraße 20, in Mietstreik getreten sind, stellen nur die logische Folge dieser Politik dar, die von Reform schwätzt, und in ihren täglichen Taten den Grundstückskapitalisten im wahrsten Sinne des Wortes den Boden bereitet.

Die Stadt selbst, als größter Hausbesitzer, geht ja nicht anders vor als Selmi, Marciewiecz, Rosen und wie sie alle heißen: ca. 30 Häuser an der Rotlintstraße-Ecke Hallgartenstraße, die der Aktienbaugesellschaft (besser: Abbruchgemeinschaft) für kleine Wohnungen (ABG) gehören, sollen abgerissen werden. Dort zahlte man bis jetzt noch halbwegs erträgliche Mieten für halbwegs erträgliche Wohnungen. Neue Wohnhochhäuser sollen an die Stelle treten, wo man für 2- bis 3-Zimmerwohnungen 400,-- bis 5oo,--DM bezahlen soll - das können die jetzigen Mieter nicht aufbringen. Aber was kümmert das die SPD-Bonzen im Aufsichtsrat. Hauptsache die Kasse stimmt.

WIDERSTAND IST MÖGLICH .... UND NOTWENDIG !

Das geht jetzt alles nicht mehr so einfach über die Bühne. Überall fangen die Mieter an, sich zu wehren.

- --mehr als ein Dutzend leerstehende Häuser wurden in den letzten zwei Jahren besetzt.
- --über tausend ausländische Familien weigerten sich Mieterhöhungen zu zahlen und sind im Mietstreik
- --zirka 4ooo Mieter der ABG und der Hellerhof AG weigern sich, ihre Zustimmung zur Mieterhöhung zu geben. (bis zu 55 % soll die Miete erhöht werden) Mieterversammlungen wurden abgehalten, Mieterräte gewählt.
- --auf den Demonstrationen und Kundgebungen der letzten Tage waren längst nicht mehr nur Studenten

Viele Tausend Mieter haben ihre Sympathien mit dem Häuserrat bekundet, haben Geld gespendet und Flugblätter verteilt und vor allem: haben angefangen, über die Lebensbedingungen in dieser Stadt zu reden. Diese Mieter lassen sich von den Lügen und Diffamierungen eines Rudi Arndt oder seiner Sprachrohre nicht mehr verwirren.

DER WOHNUNGSKAMPF GEHT WEITER

Wenn wir die Isolierung in den Wohnblocks überwinden, wenn wir uns verständigen, dort, wo wir wohnen, dort, wo wir arbeiten, einkaufen, unser Bier trinken - dann können wir uns auch gemeinsam wehren. Kommt mit auf die Demonstration, nehmt Verbindung auf zu den Stadtteilgruppen, macht Hausversammlungen, wenn Mieterhöhung oder Rausschmiß droht - oder besser schon vorher.

EINEN MIETER SCHMEISST MAN RAUS - FÜNFZIG NEHMEN SICH EIN HAUS

SONNABEND 11 UHR HAUPTWACHE: Berichterstattung

ein Straßentheater spielt, von der Presse unterdrückte Sauereien der Spekulanten werden dokumentiert, Mieter berichten von ihren Erfahrungen und ihrem Widerstand

ANSCHLIESSEND: MIETERDEMONSTRATION MIT HÄUSERBEGEHUNG

Hauptwache, Eschersheimer Landstraße, Baustraße, Öderweg, Herrmannstraße, Friedberger Platz, Bornheimer Landstraße, Berger Straße, Abschlußkundgebung vor dem bestreikten Haus Berger Straße 232

AB 15 UHR : STRASSENFEST AUF DEM BEETHOVENPLATZ (WESTEND) , BEI REGEN IN DER UNIMENSA

Es spielt die Berliner Band Ton Steine Scherben, außerdem Musik und Volkstänze aus Spanien, Italien, Türkei, Berichte vom Kampf um Jugendhäuser in Rüsselsheim und Bebra, Hausbesetzungen in Kassel und Bremen, Georg von Rauch Haus Berlin

Häuserrat, Stadtteilgruppen, Nordend, Bornheim, Heddernheim, Bockenheim, AStA
Kontaktadresse Nordend-Bornheim: Barbara Taubert, Scheffelstraße 15, Tel. 55 32 95
Kontaktadresse Bockenheim: Robert-Mayer-Str. 30, Montags 18 Uhr, Telefon: 77 61 61
Kontaktadresse Heddernheim: Brühlstr. 2, Sonntag, den 8. 4. 73, 15 Uhr



Auszug aus dem Plenarprotokoll der 29. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 18. Mai 1972 (Antrag der CDU auf Schließung des Georg-von-Rauch-Hauses)

Im Folgenden dokumentieren wir kommentarlos Auszüge aus der Parlamentsdebatte, die die verschiedenen Positionen innerhalb des Staatsapparats drastisch darstellen, um das im vorangestellten Artikel Ausgeführte zu illustrieren.

Präsident Sickert: ....

Ich rufe auf die

lfd. Nr. 33, Drucksache 6/431:

Antrag der Fraktion der CDU über **Wohnkollektiv im ehemaligen Martha-Maria-Haus (Bethanien)**

> Der Senat wird beauftragt, die private Einrichtung des Wohnkollektivs „Jugendzentrum e. V." im ehemaligen Martha-Maria-Haus (Bethanien/Kreuzberg) umgehend zu schließen.

Von der Fraktion der CDU wird die Aufhebung der Redezeitbeschränkung beantragt. Ich höre keinen Widerspruch. — Das ist so beschlossen. Das Wort zur Begründung hat Herr Abgeordneter Dolata.

Dolata (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Anfang des sogenannten sozial-pädagogischen Experimentes „Jugendzentrum Kreuzberg" stand die widerrechtliche Besetzung des Martha-Maria-Hauses im Bethanien verbunden mit weiteren Rechtsbeugungen und Rechtsbrüchen, zum Beispiel Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Nötigung, offene Bettelei, Entziehung der Schulpflicht, Meldepflichtverletzung, Jugendschutzgesetzübertretung, Kuppelei und vieles andere mehr. Der Senat und das Bezirksamt Kreuzberg haben dieses Experiment damals nicht freiwillig begonnen. Nicht freiwillig, aber aus Überzeugung haben auch wir von der CDU-Fraktion diesem Experiment — mit den Vertretern übrigens unserer CDU-Fraktion im Landesjugendwohlfahrtsausschuß — dann doch zugestimmt, um sogenannten Randgruppen, Trebegängern oder sozial Gefährdeten im weitesten Bereich vielleicht doch eine neue Form, eine pädagogische Einrichtung der Jugendhilfe zu ermöglichen, als Experiment wohlgemerkt und zeitlich befristet zunächst bis Ende Februar 1972. Unsere erheblichen Bedenken, die wir damals auch im Unterausschuß des Landesjugendwohlfahrtsausschusses vorgetragen hatten, gegen die Einrichtung eines privaten Wohnkollektivs dieser Art mit Hilfe öffentlicher Mittel in öffentlichen Einrichtungen und unter Außerachtlassung der für alle anderen Mitbürger und öffentlichen Einrichtungen geltenden Gesetze, Vorschriften und Auflagen hatten wir im Interesse der Jugendlichen, die vielleicht zu Recht Hilfe von uns erwarteten, zurückgestellt. Trotz bitterer und trauriger Erfahrungen, die leider in den Einzelheiten viel zu wenig der Öffentlichkeit bekannt sind, aber mindestens den Interessierten und den hier im Hause Anwesenden bekannt sein müßten, hatten wir auch wiederum mit den Vertretern im Landesjugendwohlfahrtsausschuß einer erneuten zeitlichen Verlängerung dieses Experimentes als Versuch bis Ende April zugestimmt. Wie wir alle wissen, ist die negative Entwicklung in dieser Einrichtung weitergegangen. **Die Polizei, die bis dahin direkt oder indirekt am Einschreiten gehindert wurde und wortwörtlich an der Türschwelle dieses Hauses oft genug haltmachen mußte, hat eingegriffen. Uns allen muß inzwischen klargeworden sein,** daß im Bethanien unter dem Deckmantel eines sozialpädagogischen Experimentes für Gruppen und Personen, die etwas ganz anderes wollen, ein Freiraum geschaffen wird, der nichts mehr mit dem Auftrag und der Verpflichtung des Jugendwohlfahrtsgesetzes zu tun hat.

Im Bericht des Senats aus der vergangenen Legislaturperiode über geschlossene Einrichtungen steht ein interessanter Abschnitt, der als „Erziehungsauftrag und Leitsätze" überschrieben wurde und sicher Leitgedanke sein sollte, bei diesem vorliegenden Projekt aber anscheinend in Vergessenheit geraten ist. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren:

> Der Leitgedanke jeglicher Jugendarbeit ist die Erziehung zur leiblichen, geistigen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit — § 1 Absatz 1 Jugendwohlfahrtsgesetz —, wobei „geistig" auch „seelisch" mit umfaßt. Diese Erziehung beinhaltet nicht die Erziehung zu einem artigen, leicht lenkbaren, sozial unauffälligen und in jeder Hinsicht angepaßten Menschen, sondern zu einer Persönlichkeit, die ihre Fähigkeiten entfalten und sinnvoll gebrauchen kann und ihre Triebe so weit beherrschen gelernt hat, daß sie die grundsätzlich gegebene Ordnung der Gesellschaft achtet und sich dementsprechend verhält.

Unterschrieben vom Vorgänger der jetzigen Senatorin.

Wenn der Senator oder die Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport schon keine Konzeption hat, dann sollte er wenigstens die gleichen Voraussetzungen gelten lassen und die Gesetze und Vorschriften beachten und anwenden, die für jeden Bürger — und speziell für jede geschlossene oder halboffene Einrichtung der Senats- und der bezirklichen Jugendverwaltung oder auch der Träger der Freien Wohlfahrt — gelten. Trotz Zusagen in bezug auf dieses Bethanien-Projekt wurde das hier nicht gewährleistet. Hier gilt anscheinend in Berlin zweierlei Maß, zweierlei Recht.

Die zuständigen Stellen in der Senatsverwaltung und in der Bezirksverwaltung Kreuzberg haben sich nach unserer Auffassung unfähig oder unwillig gezeigt. Darum will die CDU nicht länger mit ansehen, daß mit Kindern und Jugendlichen in dieser Form manipuliert und experimentiert wird und daß gegen das Jugendwohlfahrtsgesetz und andere Gesetze verstoßen wird. Wir sind der Auffassung, daß damit dieser Versuch als gescheitert angesehen werden muß, und die Behörde muß jetzt endlich die Verantwortung übernehmen den Jugendlichen gegenüber, den Erziehungsberechtigten gegenüber, der Öffentlichkeit und dem Gesetz gegenüber, und mit dieser Verantwortung dann auch entsprechend eingebunden werden. Deshalb unser Antrag: Der Senat wird beauftragt, die private Einrichtung des Wohnkollektivs „Jugendzentrum e. V." im ehemaligen Martha-Maria-Haus umgehend zu schließen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Sickert: Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat der Abgeordnete Weingärtner.

Weingärtner (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als am 8. Dezember 1971 Jugendliche ein leerstehendes Gebäude des ehemaligen Bethanien-Krankenhauses besetzten, hat das Bezirksamt Kreuzberg nicht von seinem Recht Gebrauch gemacht, die Polizei einzuschalten und das Haus räumen zu lassen. Das ist juristisch einwandfrei und auch möglich, denn Hausfriedensbruch ist ein Delikt, das einer Anzeige bedarf und bei dem die Polizei nicht von sich aus vorzugehen braucht und das auch gar nicht darf.

In Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport hat der zuständige Stadtrat, Herr Beck, vielmehr zunächst einmal versucht, durch intensive Diskussionen mit den Jugendlichen sich ein genaues Bild von der Situation zu machen. Er, seine Mitarbeiter und die Mitarbeiter der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport haben damit nicht etwa, wie ihnen damals vielfach vorgeworfen wurde, lasch, welch oder am Rande der Legalität gehandelt, sondern nach dem alten Verwaltungsrechtsgrundsatz von der Angemessenheit der Mittel, den man doch nur dann vernünftig anwenden kann, wenn man einen genauen Überblick über die Situation hat, der man begegnen will.

Bei diesen Diskussionen mit den Jugendlichen, die für die Beteiligten der Verwaltung alles andere als einfach und angenehm waren — wir alle oder wenigstens einige von uns kennen derartige Diskussionen, und auch ich hatte einmal Gelegenheit, mit Jugendlichen in diesem Haus zu diskutieren —, da wird man angegriffen, aggressiv, da wird man beleidigt, da wird man beschimpft, hier ist eine Wand, durch die man erst einmal durch muß. Diese Diskussionen wurden von den Mitarbeitern der Verwaltung geführt, mit großer Geduld, mit sehr viel Zeitaufwand, und ich glaube, auch das sollte man hier einmal anerkennend sagen, daß sie hier ihre Aufgabe und ihre Verantwortung sehr ernst genommen und das durchgestanden haben.

(Beifall bei der SPD)

Bei diesen Diskussionen nun stellte sich heraus, daß eine Gruppe von Lehrlingen und Jungarbeitern in dem Haus zusammen mit sogenannten Trebegängern leben wollte, und zwar um so konkret etwas für diese Gruppe von Jugendlichen zu tun. Man schätzt die Zahl der Trebegänger in Berlin auf etwa 500; genaue Zahlen kennt keiner. Für diese Trebegänger war bisher keine Institution in Berlin und anderswo in der Lage, Sozialisierungs- oder Resozialisierungsarbeit zu leisten.

• • • •

Mitgliedern der Verwaltung muß ein Einblick möglich sein, es muß möglich sein zu kontrollieren und zu wissen, was in diesem Haus vorgeht. Das ist zur Zeit der neuralgische Punkt, und hier streitet man sich über eine Form, wie man das machen kann.

• • • •

Nun ist in der letzten Zeit — und darüber machen wir uns gar nichts vor — immer wieder Kritik laut geworden — denn was ich bisher gesagt habe, klingt alles sehr positiv — zuletzt hier und heute. Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, daß das Martha-Maria-Haus in Bethanien kein Ausgangspunkt für Verbrechen sein darf. Die SPD-Fraktion ist ferner der Auffassung, daß die Mininalforderungen der Verwaltung erfüllt werden müssen.

(Zuruf: Sind sie nun erfüllt worden oder nicht?)

Beide Punkte sind bis auf den letzten praktisch alle — nämlich die Frage der Kommunikation, die Frage der Überwachung, die Frage des Einblicks —; dieser Punkt ist im Schwebezustand, dieser Punkt ist noch nicht erfüllt. Beide Punkte, nämlich die Frage, ob irgendwelchen kriminellen Elementen Unterschlupf gewährt wird oder ob aus dem Martha-Maria-Haus heraus Straftaten begangen werden, wofür es Gründe gibt, die darauf hinweisen,

(Abg. Lummer: Na bitte!)

und die Forderung nach Kommunikation mit der Senatsverwaltung, diese beiden Dinge befinden sich — ich würde es so formulieren — in einem Zustand — —

(Abg. Lummer: Das hat doch mit der kriminellen Aktion begonnen, was wollen Sie denn noch mehr?)

— Ich habe Ihnen ja bereits gesagt, daß das Bezirksamt verzichtet hat, Anzeige zu erstatten. Insofern ist diese Aktion natürlich nachträglich legalisiert worden; daß das möglich ist, müßten Sie, Herr Lummer, doch wissen.

(Abg. Lummer: Das scheint das geheime Prinzip der SPD zu sein, alle kriminellen Aktionen nachträglich zu legalisieren! — Zuruf von der SPD: Keine Zwiegespräche!)

— Aber Herr Lummer, das sind doch sehr billige Unterstellungen.

(Weitere Zurufe — Abg. Lummer: Immer dasselbe!)

Wir geben zu, daß sich dieses Projekt nun in einer tatsächlich kritischen Phase befindet, und sind der Auffassung, wenn sich der Verdacht verdichten sollte, daß beide Punkte, die ich hier genannt habe, von dem Kollektiv nicht erfüllt werden, daß dann allerdings zu überlegen ist, wie man zu einer anderen Lösung kommen muß, und sei es eine Schließung, die ich allerdings nicht für angebracht hielte; denn bei einer Schließung würden wir das Problem nicht lösen, die Leute würden in den Untergrund gehen und genau so weiter kriminell sein, sie würden ihren Mittelpunkt verlieren, die Mädchen, die dort sind, würden zum Stuttgarter Platz oder auf andere bekannte Plätze dieser Stadt ausweichen, was sie im Moment nicht nötig haben, und das nun zu erzwingen, glaube ich, wäre keine sehr verantwortungsbewußte Haltung. Aber wir geben zu, daß das Problem schwerwiegend ist, auch von den vielen Klagen, die daraufhin gekommen sind, und beantragen deswegen eine Weiterberatung dieses Problems im Hauptausschuß, im Ausschuß für Familie, Jugend und Sport und im Ausschuß für Sicherheit und Ordnung, nach Möglichkeit sogar in nichtöffentlichen Sitzungen, um mit allem Ernst an dieses schwierige Problem heranzugehen. — Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Sickert: Frau Senator Reichel, bitte.

Frau Reichel, Senator für Familie, Jugend und Sport: Herr Lummer, ich bin in der Situation, daß ich tun kann, was ich will. Wo auch die Jugendlichen immer sind, ich bin für sie zuständig, auch dann, wenn sie straffällig sind. Und ich beklage mich auch nicht darüber, weil ich der Auffassung bin, daß junge Menschen, die so massiv in ihrer frühesten Kindheit meist geschädigt worden sind, unserer Hilfe bedürfen; auch dann, wenn sie sich nicht so benehmen, wie wir es sonst üblicherweise gewöhnt sind.

(Zuruf von der CDU: Soweit gut!)

Sicherlich werden wir an manchen Punkten unterschiedlicher Meinung sein. Aber auch Sie wissen, Herr Dolata, daß wir die Arbeit im ehemaligen Martha-Maria-Haus immer als ein Experiment angesehen haben, als einen sozialpädagogischen Versuch, Trebegänger zu resozialisieren oder sozialisieren. Zu einem besonderen Experiment deshalb, weil sie mit den staatlichen Angeboten, den familiären und den verbandlichen nicht mehr zu erreichen waren. Wir wissen, daß es bei allen Bemühungen einen Kreis von Kindern und Jugendlichen gibt, der weder zu Hause noch in einem städtischen noch in einem verbandlichen Heim oder anderen Alternativen zu halten ist.

Hier ist nun der Versuch unternommen worden, mit diesen jugendlichen Trebegängern zu arbeiten, ihnen in der Form der Selbstorganisation zu helfen, aus dem Untergrund aufzutauchen und oben zu bleiben. Wir wissen auch — das ist schon gesagt worden —, daß solche Experimente bisher an anderer Stelle — Frankfurt, München — gescheitert sind oder nur in ganz minimalen Fällen gelungen sind. Ich kann auch andere Beispiele nennen, wo mit einer intensiveren Beratung einiges erreicht ist, ich nenne hierzu: Kopenhagen. Aber der Unterschied bei diesem Ansatz war der, daß sich hier nicht Studenten gefunden haben, die gelegentlich auch mal diese Jugendlichen beraten haben, sondern daß junge Lehrlinge und Arbeiter den Versuch unternommen haben, in einer gemeinsamen Wohn- und Lebensgemeinschaft mit den Trebegängern deren Problematik aufzuarbeiten. Das ist also ein anderer inhaltlicher und auch struktureller Ansatz, der uns die Hoffnung ließ, daß hier eine andere Möglichkeit als das bei dem bisher Erlebten angegangen werden kann. Ich darf Ihnen auch sagen, daß diese Sache auch und eben gerade zum Beispiel von den Frankfurtern mit großem Interesse verfolgt wird,

weil sie selbst sehr bedrückt sind, daß das seinerzeit von ihnen begonnene Experiment gescheitert oder im Sande verlaufen ist. Ich möchte hier noch einmal darauf hinweisen, daß wir nie von Modellversuchen — weil dieser Begriff ab und zu mal fällt — gesprochen haben, denn diese Sache ist weder vorgeplant, noch von uns initiiert worden.

Wir haben sehr bald auch den Landesjugendwohlfahrtsausschuß eingeschaltet und einen Unterausschuß, der sich ausschließlich mit dieser Frage beschäftigt hat, eingesetzt. Sie haben selbst schon über die Tätigkeit gesprochen, und ich möchte sagen, das Lob, was hier unseren Mitarbeitern gegeben worden ist, möchte ich auch dem Unterausschuß geben, denn es waren sehr schwierige Verhandlungen, und man mußte schon — im neuen Deutsch heißt es — eine große Frustrationsschwelle haben, um dieses gut zu überstehen. Wir werden das sicher auch noch weiter zu erleiden haben, und die Gespräche und Diskussionen mit den Jugendlichen sind zeitraubend und schwierig. Aber wir meinen, daß wir, wenn die schon genannten Bedingungen akzeptiert sind — und hinter die, meine ich, dürfen wir nicht zurückgehen —, wir eine Ausgangsbasis haben, mit der wir weiterarbeiten können. Ich will keine Prognose geben, ob dieses Experiment gelingt oder nicht. Es ist nach wie vor in Schwierigkeiten und nach wie vor gefährdet. Und ich möchte auch sagen, daß die Auseinandersetzungen mit den Jugendlichen nach wie vor schwierig sind. Ich meine nur, daß mit einer administrativen Maßnahme oder einem politischen Beschluß das Problem nicht zu Ende ist und die Jugendlichen nicht weniger gefährdet oder weniger kriminell geworden sind. Hier ist der Ansatz, den Versuch zu machen, aus einem Teufelskreis herauszukommen, und deshalb ist allein der sozialpädagogische Weg zu akzeptieren. Wir müssen allerdings auch den Jugendlichen klarmachen, und dabei sind wir nach wie vor, daß auch ein solches Projekt Grenzen hat, und daß es in unserer Gesellschaft keine befreiten Räume gibt, die losgelöst von gesetzlichen Bestimmungen und losgelöst von nachbarschaftlichen Ansprüchen sind. So wenig es die Möglichkeit gibt, hinter diesen Rahmenbedingungen zurückzubleiben, so wenig gibt es allerdings auch die Möglichkeit, der Verantwortung gegenüber den Jugendlichen dadurch auszuweichen, daß das sozialpädagogische Problem durch Beschlüsse scheinbar beseitigt wird.

(Zuruf)

— Ja, sicher, ich meinte aber dennoch, es hier noch einmal sagen zu müssen; denn wenn die Jugendlichen erst nicht mehr in diesem Haus sind, bleibt meine Verantwortung für sie weiter bestehen, nur mit dem Unterschied, ich weiß nicht mehr, wo sie zu erreichen sind.

Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, daß ursprünglich 200 in diesem Haus waren, jetzt nur noch 60, und ich möchte darauf hinweisen, trotz all der Schwierigkeiten, die hier geschildert sind und die ich nicht zu wiederholen brauche, daß eben ein großer Teil der Jugendlichen legalisiert ist. Legalisiert in dem Sinne, daß Zustimmungen der Aufenthalts-Bestimmungsberechtigten vorliegen, polizeiliche Anmeldungen vorgenommen sind, regelmäßiger Schulbesuch erfolgt bzw. Arbeitsstellen oder Ausbildungsverhältnisse vermittelt sind. Man muß nun abwarten, wie es weitergeht. Die Durchführung der Legalisierungen war mit Schwierigkeiten verbunden, aber immerhin dieser Ansatz, finde ich, berechtigt zu Hoffnungen. Ich glaube, daß wir aus diesem Grunde nicht so ohne weiteres heute sagen können, daß das Experiment als gescheitert zu betrachten ist. Die Ansätze sollte man beachten, und bei der Schwierigkeit der Jugendlichen sind es beachtliche Ansätze. Wenn sich allerdings das Kollektiv in der Konfrontation oder dem Mißtrauen erschöpft und gleichzeitig seine selbstgewählten Aufgaben hintenanstellt, dann wäre das Projekt als gescheitert zu betrachten. Ich meine nur, daß wir diese Gespräche und diese Schritte weiterverfolgen sollten und nicht vorzeitig zu einer Schließung kommen dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Sickert: Das Wort hat Herr Abgeordneter Wischner.

Wischner (CDU): • • • •

Wer nicht sieht und nicht hört, was sich gegenwärtig im ehemaligen Martha-Maria-Haus in Bethanien abspielt, wer nicht weiß, daß derjenige, der die Absicht hat, Recht und Gesetz Geltung zu verschaffen, als Terrorist, als Schwein, als Bullenhelfer beschimpft wird, daß man den Senator, der für diesen Bereich in dieser Stadt zuständig ist, mit den schlimmsten Bemerkungen, die ich mir für diesen Bereich vorstellen kann, beschimpft, daß man eine riesengroße Aktion gegenwärtig eingeleitet hat, um zu verhindern, daß die drei Sozialarbeiter, die in diesem Komplex tätig waren, endlich mal in einem rechtlichen Verfahren aussagen, was sich da tatsächlich abgespielt hat, wenn sich all dieses abspielt, ohne daß davon Notiz genommen wird, daß hier ganz offensichtlich widerrechtliche Dinge geschehen, wer das alles tut, den muß ich als blind und taub bezeichnen.

(Beifall bei der CDU)

• • • •

— Aber, meine Damen und Herren, so leicht wollen wir es uns ja gar nicht machen.

(Abg. Stobbe: Ja, eben!)

Dann ich meine, man sollte zum Komplex Bethanien doch etwas mehr sagen, weil ich durchaus die Schwierigkeit des sozialpädagogischen Ansatzes sehe, und wer mich kennt, weiß, daß ich dieser Problematik durchaus zugetan bin, auch wenn ich manchmal eine etwas andere oder des öfteren eine ganz andere Ansicht zur Sache habe.

Das Problem Bethanien hat mit Sicherheit mehrere Wurzeln. Da ist einmal zu nennen die katastrophale Lage der Heimerziehung in Berlin, und Sie haben mich von dieser Stelle zu diesem Themenkatalog schon des öfteren reden hören, und Sie werden mich zu diesem Problem noch des öfteren reden hören. Wenn wir nicht die bestehenden Strukturen in den Heimen zerstört hätten ohne zu wissen, was dort an die Stelle gesetzt wird, wenn wir dort nicht Leere hinterlassen hätten, würde vieles heute nicht so sein, auch in Bethanien nicht so sein, wie es ist. Denn wir haben doch in unseren Heimen eine Klimaverschlechterung zu verzeichnen und teilweise Nichterziehung.

• • • •

Meine Damen und Herren, die Verunsicherung im Bereich der Heimerziehung hat letztlich doch dazu geführt, daß die Jugendlichen, die dort untergebracht waren — denn dieses Klima machte sich verständlicherweise auch in der Erzieherschaft breit, daß die Erzieherschaft selbst verunsichert wurde und ein Klima entstand, das das Trebegängertum — und darum geht es ja bei dem Komplex Bethanien — immer mehr gefördert hat. Hinzu kam die zunehmende Mißachtung des Auftrages, den die Senatsverwaltung hinsichtlich der freiwilligen Erziehungshilfe, der Fürsorgeerziehung hat, nämlich die Jugendlichen ständig wieder, sofern sie einmal entwichen sind, der Heimerziehung zuzuführen. Sie können mir als Mann aus der Praxis glauben: Die Senatsverwaltung hat ihre Bemühungen auf diesem Gebiet systematisch reduziert und dadurch das Problem der Trebegänger zusätzlich vergrößert

• • • •

Man kann ja solchen linken Experimenten — auch wenn Kriminelle sich dort gut entwickeln können — nicht ohne weiteres die Tür zuschließen, denn das würde sich mit ihrem Gesamtverständnis nicht vertragen.

(Zuruf von der SPD: Na, na, na!)

Mir scheint, daß hier aus ideologischen Gründen — und ich muß das im Zusammenhang mit diesem Problem immer wieder sagen — eine Situation mitgetragen wird, von der der Senat und die SPD-Fraktion genau wissen: Hier geht es um Kriminelle, um überwiegend Kriminelle, um anarchistische Gruppen, die versuchen, die noch nicht geschädigten Jugendlichen zusätzlich zu indoktrinieren. Wer da noch mitmachen kann, ich glaube, dessen sozialpädagogisches Gewissen schlägt heute nicht mehr. — Vielen Dank!

(Zurufe von der SPD — Beifall bei der CDU)

Präsident Sickert: Das Wort hat der Abgeordnete Rasch.

Rasch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! **Ich glaube, wir wollen die Diskussion über diesen Komplex mit möglichst wenig Emotionen und möglichst** sachlich führen. Ich darf Ihnen sagen, daß meine Fraktion sehr aufmerksam und sehr sorgfältig dieses Experiment — ich will es auch ausdrücklich mal so nennen — beobachtet hat, und daß wir mit Sorge die Entwicklung in den letzten Monaten in diesem Komplex gesehen haben. Wir sagen ganz offen, daß wir den Versuch, dieses Experiment durchzuführen, mit Wohlwollen begleitet haben, weil wir der Ansicht sind, daß man immer versuchen soll — und ich glaube, da sind wir uns alle einig —, diesen gefährdeten Jugendlichen zu helfen und Maßnahmen, und seien sie noch so schwierig, zur Resozialisierung zu ergreifen.

Allerdings muß man mit aller Deutlichkeit sagen, daß selbstverständlich ein derartiges Experiment nicht der Ort und der Ausgangspunkt für Verbrechen sein kann und sein darf. Ich glaube, darüber besteht auch in diesem Hause Einigkeit, auch wenn das bei aller Emotion nicht so der Fall war.

Wir fragen den Senat, ob er mit Sicherheit oder einer gewissen Gewißheit sagen kann, daß dieses Experiment weiterhin durchgeführt werden kann. Wir müssen diese Frage stellen, weil wir nach den Ausführungen der Senatorin Reichel nicht sicher sein können, daß der Senat selbst in dieser Frage sicher ist. Das ist eine ganz wesentliche Frage, die wir noch beantwortet wissen möchten. Wer allerdings — das lassen Sie mich ganz deutlich sagen — so schnell, so deutlich und so hart nur nach Schließung ruft, macht es sich unserer Meinung nach sehr leicht.

(Beifall bei der F.D.P.)

• • • •

Präsident Sickert: Das Wort hat der Abgeordnete Prozell.

Prozell (SPD):

• • • •

Wir können Anarchisten und Leuten, die kriminelle Handlungen planen und begehen wollen, städtische Einrichtungen nicht zum Wohnen, auch noch kostenlos zum Wohnen zur Verfügung stellen, sondern dann muß eine Trennung stattfinden. Wir wollen diese Einrichtung nicht schließen, weil ich das nicht für den richtigen Weg halte, sondern ich meine, es ist richtig, auch über längere Zeit — das ist nicht von heute auf morgen getan — die Trennung dahingehend durchzuführen, daß man den Personenkreis, der inzwischen mit Arbeit, Schule, Anmeldungen und dergleichen legalisiert wurde und ist, weiter auf diesem Weg führt, indem man ihm so etwas wie ein Wohnheim, ein Lehrlingswohnheim oder dergleichen zur Verfügung stellt, um ihn nicht wieder von diesem Weg abzubringen. Aber die Trennung von der anderen Gruppe muß man durchführen.

Und ich gehe auch noch einen Schritt weiter — auch darüber herrscht bei uns Einigkeit —, dann kann es, wenn diese Trennung durchgeführt wird, unter Umständen zu Verhaftungen kommen, weil die Kriminellen dann auch wirklich wie Spreu vom Weizen getrennt werden. Aber nur zu sagen: Schließt das Ding und dann sollen die mal alle sehen, wo sie hinkommen, halte ich für eine sozialpädagogische Linie, die nicht vertretbar ist. — Danke schön!

• • • •

Elsner (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn hier gesagt worden ist, daß kriminelle Handlungen oder kriminelle Elemente im Martha-Maria-Haus nicht geduldet werden können und sollen und, wenn kriminelle Elemente oder kriminelle Handlungen vom Martha-Maria-Haus oder vom Jugendzentrum ausgehen, eine Trennung — so sagte Kollege Prozell eben — vorgenommen werden muß: Mir liegt hier ein Flugblatt vor, herausgegeben von der Knastgruppe im „Georg-von-Rauch-Haus", in dem hier die „Knastgruppe" offiziell mit Genehmigung anscheinend des Bezirksamts Kreuzberg einen Informationsstand ausrichtet über Knastleben und Knasthilfe. Meine Damen und Herren, ich glaube, das spricht Bände.

• • • •

Ich frage mich weiter: Welche Rolle spielen in dieser Angelegenheit eigentlich die Sozialarbeiter, die das Bezirksamt Kreuzberg in das Martha-Maria-Haus geschickt hat? Hier kann man doch beinahe annehmen, daß sie mit dieser Gruppe gemeinsame Sache machen. Das Go-in am 15. oder 16. dieses Monats in das Bezirksamt Kreuzberg, mit dem man verhindern wollte, daß die Aussagegenehmigung an die Sozialarbeiter erteilt wird, spricht dafür wohl Bände.

• • • •

Klein (CDU)

• • • • Es kann im Ernst niemand daran denken, und es denkt auch niemand bei uns daran, etwa ein Geschwür oder — wie ich es nennen will — etwas Krankes zuzudecken und dann zu behaupten, es sei nicht vorhanden. Diese Randgruppen der Gesellschaft, diese Jugendlichen, die Sie genannt haben, sind aber in der Tat in einer außerordentlich schwierigen Situation, wenn ihnen bestimmte Leute immer wieder erklären: „An eurer ‚Krankheit', da seid ihr nicht selbst schuld, sondern", und jetzt kommt es, anonym, „die Gesellschaft". Darunter stellt sich nun jeder irgend etwas vor. Aber da ist ein Feindbild geschaffen worden, und diese Gesellschaft und dieser Staat werden dann gleichgesetzt, und man macht diesen jungen Leuten dann klar, daß sie sich selbst nur noch helfen könnten, indem sie diesen Staat und diese Gesellschaft zerstörten. Darin liegt das Gefährliche bei dieser Einrichtung, von der wir hier sprechen, wie auch mancher anderen, in der Unruhe und Schwierigkeiten entstehen. Wir müssen deshalb hier ganz deutlich sagen: Der Senat sollte sich mehr noch als früher — und ich kann mich sehr wohl erinnern, wie ich im Zusammenhang mit dem Hauptkinderheim und im Zusammenhang mit den Heimen in Lichtenrade schon zu dem Thema hier gesprochen habe — veranlaßt sehen, endlich zu einer Konzeption abgestufter Heime zu kommen, abgestufter Unterbringungs- und Erziehungsmöglichkeiten für die verschiedenen Typen, verschiedenen Schwierigkeitsgrade von schwererziehbaren Jugendlichen. Dies ist bisher nicht gelungen, und Sie werden eines nicht bestreiten können, ich sage dies von meiner beruflichen Kenntnis her: Im Grunde genommen steht die gesamte Jugendarbeit, sowohl in der Jugendförderung als auch letzten Endes in der Familienfürsorge, in einer ungeheuren Krise. Man kann nicht meinen, daß man mit Experimenten, die man jetzt wieder den Randgruppen der Gesellschaft selber überläßt, eine Art Lösung für den Staat finden wird. Hier ist der Staat gefordert, **hier muß er selbst eine Lösung finden, und ich kann nur sagen, daß wir alle unser Teil dazu beizutragen haben, wo immer wir stehen. Aber eines dürfen wir nicht tun: Nun einfach sagen, wir sehen nicht die Schwierigkeiten, wir decken sie mit dem Mantel der Liebe zu und wollen sie weiter experimentieren lassen.**

• • • •

Schmitz (CDU):

• • • •

Wir sind uns einig in der Zielrichtung, daß wir betreuen und resozialisieren wollen; da sind wir uns einig. Wir sind uns aber nicht einig, daß wir diesen Weg begleiten wollen damit, daß wir kriminelles Tun hinnehmen. Lassen Sie es mich mit einem primitiven Beispiel sagen: Sie können nicht mit der Antwort kommen, weil Sie sagen, wo sollen die denn sonst hin, und fragen, was gibt es sonst an Alternativen — es sind hier einige angesprochen worden —, und zwar deshalb nicht, weil Sie es übertragen in einem anderen Fall sich etwa so vorstellen können, daß der Berufsdieb ja auch nicht auf die Frage: Wovon soll ich denn sonst leben? — etwa die Antwort erwarten darf: Na, dann darfste weiter klauen, weil du nichts anderes gelernt hast.

• • • •

Präsident Sickert: Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Der Ältestenrat empfiehlt, den Antrag an den Ausschuß für Familie, Jugend und Sport zu überweisen; **die Fraktion der SPD beantragt** zusätzlich Überweisung an den Ausschuß für Sicherheit und Ordnung und an den Hauptausschuß; als federführender Ausschuß wird vorgeschlagen der Ausschuß für Familie, Jugend und Sport. Wer den Überweisungen die Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke, das ist so beschlossen.

KLUBHAUS FALKENHAGENER FELD: KAMPF UM SELBSTBESTIMMUNG

Von Anfang an: Das Klubhaus vertreibt die, die es brauchen

Bau und Eröffnung

In November 1965 beschloß die Bezirksverordneten-Versammlung Spandaus: "Das Bezirksamt wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß in den Neubaugebieten Spandaus Gemeinschaftshäuser errichtet werden."

In Mai 1968 wurde dieser Beschluß in die Tat umgesetzt. Das Jugendaufbauwerk (JAW), eine dem Senat verantwortliche "freie" Einrichtung der Jugendpflege, erhielt Mittel aus dem Bundesjugendplan, Lottospenden, Senatszuschüsse und Geld von der Schultheiss-Brauerei, um im Falkenhagener Feld das "Klubhaus für Jugend und Familie" zu bauen. Das Bezirksamt stellte das Bauland kostenlos zur Verfügung, die GSW verbaute 2 1/2 Millionen Mark.
In Januar 1970 war es dann soweit. Das Klubhaus wurde feierlich der Öffentlichkeit übergeben.

Schon die erste Zeit vor und nach der Eröffnung machte die Widersprüche, die bis heute die Auseinandersetzung um das Klubhaus bestimmen, deutlich. Erwin Beck, damaliger Vorsitzender des JAW, erklärte anläßlich der Eröffnung, das Klubhaus solle der Familienpädagogik dienen, wobei die Kinder Kontaktpunkt zwischen dem Klubhaus und den Familien sein sollen, indem sie von dem neuen Haus und seinen modernen Einrichtungen Besitz ergreifen und in absehbarer Zeit auch die Eltern heranziehen. Von offizieller Seite einschließlich der Berliner Presse wurde das Klubhaus mit Begeisterung begrüßt: Die Kegelbahn im Keller, der "Beauty-Raum", das Fotolabor, die Autowerkstatt - alles wurde gelobt. Daß das Haus viel zu aufwendig gebaut war, daß empfindliche Kunststoffböden verwendet wurden, daß die Türen zum größten Teil verglast sind (eine Gefahrenquelle besonders für Kinder), daß von der gesamten Fläche des Hauses nur ein winziger Teil für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stand, daß unglaublich viel Raum verschenkt wurde für eine nutzlose Vorhalle und Garderobe - das alles interessierte nicht. "Wohlfühlen wird sich dort jeder, denn der verantwortliche Architekt, Dipl.-Ing. Heinrich Balke, hat diesen Ort der Begegnung nicht nur mit sehr viel Verständnis, sondern darüber hinaus auch mit Herz gebaut."

Zwei Widersprüche waren im Prinzip schon vor der offiziellen Eröffnung des Klubhauses offenbar:
- Das Klubhaus wurde gebaut, ohne daß die Bevölkerungsstruktur im Falkenhagener Feld berücksichtigt wurde. Vom Träger wurde eine Bevölkerungsanalyse als unnötiger Ballast abgelehnt.
- Staatlich verordnete Freizeitpädagogik steht im Gegensatz zu den Interessen derer, an die sie sich wendet.

Während der zweite Widerspruch grundsätzlicher Natur ist, ist der erste nur aus der Kurzsichtigkeit und aus dem mangelnden Verantwortungsbewußtsein der planenden Instanzen zu erklären.

Wie sich diese Widersprüche von Anfang an entfalteten, soll an der Entwicklung der Kinderarbeit im Klubhaus erläutert werden.

Die Kinderarbeit wird sabotiert

Schon vor der Eröffnung des Klubhauses begann die Kinderarbeit. Eine Gruppe von Studenten der vom Senat unterstützten "Aktion Bildungsförderung" baute eine Kindergruppe auf mit Kindern, die durchweg aus sogenannten "sozial schwachen" Familien kamen. Die "Vorschulerziehung", die vom Senat mit derartigen Gruppen beabsichtigt war, sollte dazu dienen, gesellschaftlich benachteiligten Kindern gleiche Bildungschancen zu eröffnen. Die Ziele waren durchaus realistisch und nicht zu hoch gesteckt: die Kinder sollten im Klubhaus in einer Gruppe zu gemeinsamem Handeln und Austragen von Konflikten befähigt werden; durch Gespräche mit den Eltern sollte gewährleistet werden, daß hier keine Erziehung gegen die Eltern stattfand. Wie aus den Berichten der Betreuer wie auch aus den Stellungnahmen der Eltern hervorgeht, verlief die Arbeit ziemlich erfolgreich. Die Kinder richteten zwar am Anfang ihr Interesse weitgehend auf die "Bezugspersonen", lernten aber schon nach wenigen Wochen, sich unabhängiger von den Betreuern zu verhalten, gemeinsam zu spielen, ohne die Betreuer zu fragen:" Was sollen wir jetzt ma-

chen?" und sich auch gemeinsam gegen die Betreuer zu artikulieren. In dieser Phase (ungefähr Januar 1970) begannen die ersten harten Auseinandersetzungen zwischen dem JAW-Vertreter Schlinge auf der einen Seite und den Klubhaus-Angestellten (Heimleiter und die Betreuer der Kinder) auf der anderen. Der Grund war zweifellos der "Linkstrend" der Kinder- und Jugendarbeit, den Vorwand lieferte ein Konflikt, der aus der falschen Konzeption der Klubhauserbauer resultierte: Fürs Klubhaus schwebte seinen Erbauern eine integrative Gruppenarbeit vor, Kinder in ein paar Kindergruppen zum Märchenhören, Malen, Basteln, Jugendliche in Beat- und Sportgruppen, Erwachsene beim Kegeln und Diskutieren. Das alles ergänzt durch einen begrenzten offenen Betrieb. Aber schon als die erste Kindergruppe im Klubhaus anfing, standen den 12 Kindern dieser Gruppe die 250 Kinder gegenüber, die sich nachmittag für nachmittag die Nasen an den Scheiben plattdrückten, aber nicht ins Klubhaus durften, um die Harmonie dort nicht zu stören. Nachdem sich die Betreuer anfangs noch im Interesse der Klubhausverwaltung gegen das Interesse der Kinder verhalten hatten, setzte sich bei ihnen schließlich unter dem Eindruck der täglichen Wirklichkeit die Solidarität mit den Kindern durch: Sie ließen einen weitergehenden offenen Betrieb zu mit dem Ergebnis, daß die Kinder massenhaft im Klubhaus spielen konnten. Die Kinder waren darüber glücklich. Das Klubhaus mußte ihnen wie ein Paradies erscheinen. Das Glück war von kurzer Dauer. Schlinge besuchte das Klubhaus, besichtigte die Zerstörungen (einige Mauerschäden), setzte den Heimleiter unter Druck (er sollte alle nicht "normalen" Schäden aus eigener Tasche bezahlen). Die Betreuer der Kinder, deren Eltern und der Heimleiter antworteten mit einer Gegenforderung: Sie verlangten generell offenen Betrieb und ein gewisses Maß an Mitbestimmung (Beirat aus Eltern und Jugendlichen, der bei Ausgaben und Stellenbesetzungen mitbestimmt). Diese Forderungen wurden vom JAW rundheraus abgelehnt. Die von den Eltern, den Betreuern und dem Heimleiter veröffentlichten Vorgänge wurden von Schlinge in diffamierender Form dementiert. Der Heimleiter und die Betreuer kündigten, wären aber bereit gewesen, ihre Arbeit unter annehmbaren Bedingungen fortzusetzen. Diese Bedingungen wurden vom JAW verweigert. Das JAW bediente sich dabei einer Gruppe von Erwachsenen im FF, die in der Geschichte des Klubhauses noch öfters diese Rolle übernehmen sollten. Es handelt sich dabei im wesentlichen um eine Kegel-Gruppe des Klubhauses, der-ebenso wie den Reinemachefrauen - an Ruhe und Ordnung im Hause gelegen ist.

Die Betreuer machten noch den Versuch, ihren Standpunkt in einer "Falkenhagener Feld Zeitung" (April 1970) mitzuteilen! Ihre Versuche, im Falkenhagener Feld Räume für die Weiterarbeit zu finden, blieben erfolglos, nachdem zuletzt auch die Kirchengemeinden ihre Unterstützung versagten. Die Bürger des Falkenhagener Feldes hatten ihren ersten Kampf ums Klubhaus verloren.

Optisch gesehen ging die Kinderarbeit weiter: Aus den Kindern jener Eltern, die Schlinge so tatkräftig unterstützt hatten, wurden Vorschulgruppen gebildet, die fortan das Aushängsschild des Klubhauses für seine Kinderarbeit waren.

"Das Jugendaufbauwerk lud bald darauf die Eltern des Falkenhagener Feldes zu einer Diskussion ein, wo außer uns noch etwa 30 Eltern waren, die im Klubhaus ein Privileg aufs Kegeln hatten und die zum Teil den Geschäftsführer des Jugendaufbauwerks persönlich kannten. Wir wurden sehr stark angegriffen, da die anfängliche Äusserung vom Geschäftsführer das Bild von verantwortungslosen Studenten, die Kinder politisch mißbrauchten, reproduzierte. Gegen uns waren auch die Reinemachefrauen und einige Eltern, deren Kinder wir nicht mehr in die Gruppe aufnehmen konnten.

Die Eltern der Kindergruppe versuchten zum Schluß zwar noch, unsere Arbeit und ihre Gründe darzustellen, aber die Feindschaft war zu groß so daß auch wir nicht in der Lage waren, die Lügen des Jugendaufbauwerks zu entlarven und unsere Konzeption zu erklären, da uns jedes Wort im Munde umgedreht wurde. Die Eltern antworteten anschließend teils mit Resignation (man kann eben doch nicht gegenan) teils mit Empörung. Sie waren aber trotz dieses Abends bereit, weiter mit uns zusammenzuarbeiten. Wir suchen im Augenblick noch nach Räumen, in denen wir die Kindergruppe, die Elterninitiativgruppe und die Schülerarbeit fortsetzen können." (aus einem internen Bericht der Betreuer).

Die Schülerarbeit wird sabotiert

Ein ähnliches Schicksal wie die Kinderarbeit erlitt auch die Schüler- und Jugendarbeit im Klubhaus. Die Schülerarbeit im Klubhaus wurde von einer Gruppe von Schülern in Angriff genommen, die Schularbeitszirkel organisierten und sich das Ziel setzte: "Wir wollten erreichen, daß die Schüler anfingen, miteinander zu spielen und die Spiele selbst zu erfinden, und zu lernen, sich bei den Schularbeiten gegenseitig zu helfen." (aus einem internen Bericht der Schülergruppe). Schon in der kurzen Zeit, in der die Schularbeitszirkel (SAZ) im Klubhaus arbeiten konnten, konnten sie dieses Ziel wenigstens teilweise erreichen:" In dieser Zeit bildeten sich Ansätze von Kooperation zu Gruppenbewußtsein heraus; neben den Ansätzen von Kooperation bei den Schularbeiten war zu beobachten, daß die Kinder in Gruppen zusammen spielten und nur selten einzeln ins übrige Klubhaus zu kommen versuchten." (ebd.) Diese Arbeit, die sich im wesentlichen im großen Saal abspielte, machte äußerlich einen "chaotischen" Eindruck; dem JAW war sie zu chaotisch. "Nach ungefähr einem Monat mußte der SAZ in zwei Kellerräume umziehen, die überhaupt nicht eingerichtet waren und auf die Kinder deprimierend wirkten. Sie wußten anfangs über-

haupt nicht, was sie machen sollten, hatten auch keine Lust, dort Schularbeiten zu machen, und fragten dauernd, ob die Betreuer nicht was spielen wollten. Ein Ausweg war, einen Kellerraum als Malraum einzurichten. Die Kinder spielten hier zwar gemeinsam, die kollektiven Handlungen hatten aber ihre Grenze in der Knappheit der Spielobjekte (Wasserschlauch, Pinsel usw.). Da die Kinder in einer Woche 50 Kilo Farbe verbrauchten, wurde der Malraum für sie geschlossen." Diese schrittweise Vertreibung zunächst aus dem großen Raum in zwei Kellerräume, dann auch aus diesen, lasteten die Kinder ganz offenbar ihren Betreuern an, auch wenn diese betonten, daß sie dafür nichts konnten. Sie verkrochen sich im Klubhaus. "Mit der Zeit lösten sich die Kinder von ihren Betreuern, sie wollten sie sogar bei ihren Spielen nicht mehr dabei haben. Sie spielten jetzt auf den Toiletten, mit einem großen Rollwagen im Flur und bauten sich aus den Holzkästen eine Höhle. Schularbeiten machte fast keiner mehr." (ebd.) Die Schüler sahen ebenfalls den Widerspruch zwischen den Kindern, die ins Klubhaus durften und denen, die draußen standen. Sie schlossen sich den Forderungen des Heimleiters und der Kindergruppenbetreuer an, mußten mit diesen gemeinsam die Sabotage ihrer Arbeit durch das JAW hinnehmen und verließen mit den anderen Betreuern zusammen das Klubhaus.

Zusammenfassung:

Wir haben die Entwicklung des Klubhauses in den ersten Monaten nach der Eröffnung deshalb so ausführlich geschildert, weil sie bereits die Widersprüche zutage treten ließ, die die Entwicklung der Lage im Klubhaus bis zum heutigen Tage beherrschen.

Das Klubhaus, als einzige Gemeinschaftseinrichtung des Falkenhagener Feldes, war schon von seiner baulichen Anlage her nicht auf den voraussehbaren Massenansturm von Kindern und Jugendlichen eingerichtet. Seinen Erbauern schwebte eine harmonische Gruppenarbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen vor, nicht ohne Konflikte selbstverständlich, aber doch nur mit solchen Konflikten, denen die Mitarbeiter jeweils gewachsen waren. Die ersten Mitarbeiter wurden auf die Unsinnigkeit eines derartigen Konzeptes durch die tägliche Wirklichkeit gestoßen. Angesichts der Tatsache, daß sie in keiner Weise auf diese Wirklichkeit vorbereitet waren, daß sie zu ihrer Bewältigung keinerlei Unterstützung seitens des JAW hatten, daß die ganze bauliche Anlage des Klubhauses wie auch die geringe Zahl der Mitarbeiter die Bewältigung dieser Wirklichkeit extrem erschwerten, haben sich erstaunlich gut auf den Massenansturm eingestellt, und die richtigen Konsequenzen daraus gezogen. Sie forderten Mitspracherechte, die wegen der Konzeptionslosigkeit unerläßlich waren, sie forderten einen offenen Betrieb, weil alles andere angesichts der Massen von Kindern und Jugendlichen diesen gegenüber kriminell gewesen wäre, sie forderten die Einstellung von zusätzlichen Mitarbeitern, weil sie nur so den Massenandrang hätten bewältigen können. Bauliche Veränderungen des Klubhauses wären die nächste Konsequenz gewesen. Das JAW hätte sich um das Falkenhagener Feld verdient machen können, wenn es diesen Forderungen nachgegeben hätte. Dem JAW war aber seine Sonnenscheinkonzeption im 2 1/2 Millionen Prunkbau heilig, die Bedürfnisse der Jugendlichen und Kinder des FF gleichgültig. Es versuchte nicht, die Probleme anzugehen, sondern verbannte die Probleme samt denen, die sie ernst nahmen, aus dem Klubhaus.

Trügerische Ruhe

Geschlossener Betrieb

Mit der Verdrängung des ersten Ansatzes einer offenen, den Bedürfnissen der sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen im Falkenhagener Feld entsprechenden Kinder- und Jugendarbeit im Klubhaus, begann eine relativ ruhige Zeit im Klubhaus. Diese Zeit war durch drei Schwerpunkte gekennzeichnet:

- Für die Kinder- und Jugendarbeit herrschte weitgehend geschlossener Betrieb. Der tägliche Massenansturm wurde durch Kartenvergabe gedrosselt.
- Erwachsenenarbeit im Klubhaus beschränkte sich auf Kegeln im Keller, Saufen in der Kneipe, Vermieten des großen Saales für Veranstaltungen von Jusos bis zu Heimatvereinen.
- Ruhe und Ordnung im Klubhaus versuchte die Klubhausleitung durch Spaltung der Jugendlichen herzustellen.

Die neu eingerichteten Schülerarbeitszirkel hatten unter denselben Problemen zu leiden wie die Schularbeitszirkel der Anfangszeit, das Resultat war eine starke Fluktuation unter den dafür zuständigen Mitarbeitern, bis die Schularbeitszirkel endgültig eingestellt wurden. Über die "Erwachsenenarbeit" läßt sich nichts berichten, obwohl gerade hier eine Unzahl von Problemen zu bearbeiten gewesen wäre, angefangen bei der Erziehungsberatung, die gerade angesichts der großen Anzahl von "schwierigen" Kindern und Jugendlichen dringend notwendig gewesen wäre, bis zu den eigenständigen Problemen Erwachsener (Familie, Arbeit usw.), die bislang nicht einmal in entsprechenden Diskussionsveranstaltungen aufgenommen wurden.



TAKTIK DER BÜROKRATEN : SPALTEN – GEGENEINANDER AUSSPIELEN

Einer etwas ausführlicheren Darstellung bedarf der Versuch, die Jugendlichen im Klubhaus zu spalten, da diese Taktik bis in die Gegenwart zu den Hauptschwerpunkten staatlicher Jugendarbeit gehört.

Um zunächst kurz den Zusammenhang anzudeuten, einige allgemeine Bemerkungen: Die Gründe, aus denen Jugendliche eine Einrichtung wie das Klubhaus besuchen, können außerordentlich verschieden sein. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier nur einige angegeben:
Jugendliche (Schüler, Lehrlinge, junge Arbeiter) aus kaputten Familien können innerhalb ihrer Familie nicht leben. Kommerzielle Jugendtreffs wie Beatclubs usw. bieten kaum Möglichkeiten, die Art von Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit mit anderen Jugendlichen herzustellen, die diese Jugendlichen zu Hause vermissen.

Jugendliche aus intakten Familien haben ein (selten eigenständiges, meist von den Eltern verordnetes) Interesse an konstruktiven Kontakten mit anderen Jugendlichen, das sich etwa in gemeinsamen Bastelgruppen verwirklicht.

Im Klubhaus sind vorwiegend Jugendliche anzutreffen, die der ersten der genannten Gruppen zuzuordnen sind. Der Prozeß, den sie gemeinsam durchlaufen könnten, ist leicht zu beschreiben: Sie erkennen gemeinsam ihre Lage, sie lernen zu unterscheiden, was an ihren Problemen, Schwierigkeiten und Leiden privat und zufällig ist, und was daran gesellschaftlich und allgemein ist. Sie ziehen aus diesen Erkenntnissen Konsequenzen, die sich gegen die für ihre Probleme verantwortlichen gesellschaftlichen Instanzen richten. Diese Konsequenzen können sowohl "politisch" (gemeinsamer Kampf gegen staatliche Instanzen) als auch "kriminell" (Aggressivität, Eigentumsdelikte usw.) sein, wobei das eine das andere keineswegs ausschließt. Findet ein derartiger Prozeß nicht statt, so sind die Konsequenzen ähnlich, aber nur individuell: Einzelne werden kriminell, einzelne ziehen politische Konsequenzen, einzelne bauen sich eine alternative Scheinwelt mit Rauschmitteln oder durch Konsum auf, wobei wir keinen Unterschied machen, ob diese Scheinwelt durch Alkohol, Haschisch, Fixen, Beat oder sonstwas hergestellt wird: das gemeinsame dieser Mittel ist, daß aus dem Unglück der

Jugendlichen Profit geschlagen wird, der Unterschied liegt lediglich darin, wie schnell die Jugendlichen psychisch und physisch zerstört werden (wobei Fixen und Alkohol zweifellos die Spitze halten).

Geht man von den genannten Voraussetzungen aus, dann läßt sich das Dilemma der staatlichen Jugendarbeit leicht erkennen. An gemeinsamer Aktivität der Jugendlichen kann ihr nicht liegen, da sich diese Aktivität letztlich gegen den Staat selber richten würde, die Alternativen hierzu: Kriminalität und Rauschgift mögen nicht einmal zynische Rathausbürokraten als das Ziel ihrer Jugendarbeit bezeichnen, auch wenn diese Arbeit praktisch darauf hinausläuft. Was übrig bleibt, ist, wenigstens das "Schlimmste", nämlich daß die Jugendlichen politische Konsequenzen ziehen, zu verhindern und dafür zu sorgen, daß die kriminellen und Rauschgiftalternativen nicht so sichtbar werden, daß man sie zur Kenntnis nehmen muß, das heißt, daß sie unter einer dünnen Schicht von Ruhe und Ordnung verborgen bleiben.

Wie die staatliche Jugendarbeit diese Möglichkeit zu verwirklichen sucht, hängt von den jeweiligen Umständen ab. Als allgemeine Linie ist zu beobachten, daß an die Stelle eines autoritären Heimleiters, der die Jugendlichen durch Einschüchterung und manchmal auch Gewalt in Schach hält, immer mehr der Versuch tritt, die Jugendlichen so zu spalten, daß sie sich gegenseitig behindern und im Zaum halten.

Spaltungsmöglichkeiten gibt es viele: Gegen die Jugendlichen, die Rauschmittel (außer dem legalen Alkohol) nehmen, lassen sich genügend gesellschaftliche Vorurteile und Ängste mobilisieren, ebenso gegen die Kriminalisierung. Gegen die "Politischen" kann man mit Hilfe allgemeiner Vorurteile vorgehen, gegen alle kollektiven Interessen und Aktivitäten mit Hilfe der individuellen Konsuminteressen usw. Darüber hinaus läßt sich allemal das Macht-und Geltungsbedürfnis einzelner Jugendlicher (besonders wenn sie von den übrigen Jugendlichen anerkannt werden) gegen die übrigen Jugendlichen verwerten.

Ganz sicher hat das Jugendaufbauwerk nie bewußt eine Spaltungsstrategie durchgeführt, die auf den angeführten Überlegungen aufbaut. Das zu glauben, hieße die Bürokraten vom JAW überschätzen. Praktisch werden die Überlegungen eher so gewesen sein: Im Klubhaus drohen "Linke" Unordnung zu säen: Wo sind die Jugendlichen, die wir gegen die Linken benutzen können? Im Klubhaus drohen "Schläger" Oberhand zu gewinnen: Wo sind die Jugendlichen, die man gegen sie ausspielen kann?

Das praktische Ergebnis derartiger Überlegungen war, daß die Klubhausleitung und das JAW in der Zeit vom Frühjahr 1970 bis Ende 1971 eine Anzahl von Versu-

chen machte, Jugendliche dafür zu gewinnen, andere, dem JAW nicht genehme Jugendliche im Klubhaus zu disziplinieren oder gar aus dem Klubhaus zu vertreiben. Diese Versuche waren jeweils nur für kurze Zeit erfolgreich. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Der Unterschied in Interessen, Bedürfnissen und Verhaltensweisen der Jugendlichen war gering im Vergleich zu den Widersprüchen zwischen Klubhausleitung und JAW auf der einen und den Jugendlichen auf der anderen Seite. Diese Tatsache hatte zwei Folgen: Es fanden sich zwar immer Jugendliche, die Ordnungsaufgaben im Klubhaus übernahmen, aber immer nur insoweit es ihren eigenen Interessen entsprach.
Die jugendlichen Ordnungshüter, im Klubhausjargon "Sheriffs" genannt, waren der Klubhausleitung bald selber nicht mehr genehm, so daß sie andere Jugendliche gebraucht hätte, um die ersteren niederzuhalten.

Zusammenbruch der Jugendarbeit

Das ganze Dilemma, in dem das JAW in Bezug auf den Umgang mit Jugendlichen steckte, und in dem die staatliche Jugendarbeit ganz allgemein steckt, läßt sich an dem Bericht des JAW-Vertreters Schlinge darstellen, mit dem er die Epoche der trügerischen Ruhe im Klubhaus nachträglich kommentiert.
"Beatabende und Diskotheken ... stießen zunächst auf großes Interesse, und es kamen bis zu 250 Jugendliche pro Abend, doch leider häuften sich hierbei sehr bald Schlägereien und Sachbeschädigungen derartig, daß diese Veranstaltungen eingestellt werden mußten. Schon damals war deutlich zu erkennen, daß gerade die schwierigen Jugendlichen im Klubhaus sich stark bemerkbar machten und ihr aggressives Verhalten die Gefahr mit sich brachte, andere gutwillige Jugendliche aus dem Haus zu verdrängen."

(Bericht von Manfred Schlinge, Dez. 71)

Die Vorgeschichte dazu: In der Eröffnungszeit des Klubhauses hatte eine linke Gruppe im Klubhaus mit einem "sexualpolitischen Arbeitskreis" begonnen. Ziel dieses Arbeitskreises war es zu zeigen, daß sexuelle Probleme und allgemein psychische Schwierigkeiten der Jugendlichen nicht individuelle, sondern gesellschaftliche Ursachen haben. Diese Gruppierung war dem JAW ein Dorn im Auge. Es benutzte eine Forderung, die diese Gruppe aufgestellt hatte (freier Eintritt bei Beatveranstaltungen), ohne sie den übrigen Jugendlichen richtig zu erklären, um andere Jugendliche gegen diese Gruppe aufzuhetzen: "Die Linken wollen euch die Beatveranstaltungen kaputt machen" war die Parole, die Jugendlichen waren zurecht empört, sie wurden von der Klubhausleitung dazu ermutigt, sich gewaltsam gegen die "Linken" zur Wehr zu setzen, und sie taten es auch. Das Wichtige an diesem Prozeß war, daß die Jugendlichen lernten, ihre Interessen gemeinsam, notfalls auch gewaltsam durchzusetzen. Daß sie das, was sie gegen einen vermeintlichen Angriff der "Linken" gelernt hatten, auch in anderen Situationen anwenden würden, unter anderem auch gegen die Klubhausleitung und -verwaltung, leuchtet ein.

"Um dieser Tendenz (gemeint ist das aggressive Verhalten der Jugendlichen) entgegenzuwirken, wurde ein 'Freundeskreis Klubhaus' geschaffen, der als Sammelbecken für alle zur Mitarbeit und Mitgestaltung im Klubhaus bereiten jungen Menschen dienen sollte. - Weiterhin wurden vom damaligen Hausleiter viele Beatbands und Schülerarbeitsgemeinschaften in das Haus geholt, in der Hoffnung, dem Haus hiermit einen zuverlässigen Stamm Jugendlicher zu sichern, und negativen Elementen keinen Einflußspielraum zu belassen. Gleichzeitig wurde den aggressiven Jugendlichen, die durch Gespräche nicht zu einer Änderung ihrer Haltung bewegt werden konnten, zum Teil durch Anwendung rigoroser Mittel Einhalt geboten." (Bericht von Schlinge)

Dieser Versuch, eine neue Gruppe von Jugendlichen gegen die vorhergehende auszuspielen, war erfolglos.

"Leider ließ sich jedoch dieser an sich positive Ansatz einer auf die Verhältnisse im Klubhaus zugeschnittenen Jugendarbeit auf die Dauer nicht durchhalten.
Der Freundeskreis, in ständiger Auseinandersetzung mit schwierigen Jugendlichen erschöpft und innerlich zerstritten, zerbröckelte schnell, die anderen im Hause ansässig gewordenen Jugendgruppen kapselten sich ab und neutralisierten sich, die Probleme der Hausleitung waren nicht die ihren. Schließlich mußte auch der energische Hausleiter wegen einer Verfehlung das Haus verlassen." (ebd.)

In dieser Zeit machten zwei Mitarbeiter des Klubhauses den Versuch, mit den Jugendlichen, die regelmäßig ins Klubhaus kamen, eine Gruppenarbeit zu beginnen, die auf die Bildung von Solidarität unter den Jugendlichen abzielte. Daß diese Arbeit wenigstens zum Teil erfolgreich war, läßt sich wohl daran ablesen, daß noch heute viele Jugendliche positiv über diese Arbeit berichten, als auch an dem Kommentar Schlinges in seinem Arbeitsbericht:
"Nur in einer Hinsicht lernten die Jugendlichen. Was ihnen die Sozialarbeiter als 'Solidarisierungsprozeß' geradezu aufdrängten, verarbeiteten sie in einer ihnen nützlichen primitiven Form zu Überlegungen, durch Aggressivität Macht im Hause zu erlangen. Sie begriffen ihre Stärke gegenüber den Erwachsenen als Bande und verhielten sich dementsprechend. Das jetzige Verhältnis zwischen diesen Jugendlichen und der Leitung des Hauses ist bestimmt von einer Eskalation von Druck und Gegendruck."
"Wir sind zur Zeit auch nicht in der Lage, zumindest die aggressivsten der Jugendlichen aus dem Haus zu bekommen. Dazu wären Gewalttätigkeiten nötig. So versuchen wir jetzt wenigstens das Schlimmste zu

verhüten und unsere Veranstaltungen für Kinder und Erwachsene so weit als möglich vor Störungen zu schützen. Neuerdings benötigen wir hierzu bereits als neue Stufe der Eskalation den Einsatz der Polizei." (ebd.)

Damit waren die Versuche der Klubhausleitung und des JAW, Jugendliche im Klubhaus für die Durchsetzung ihrer Vorstellung von Jugendarbeit zu gewinnen, endgültig gescheitert. Sie trafen im Klubhaus auf die offene Ablehnung bei der überwiegenden Mehrheit der Jugendlichen. Diese Ablehnung ging schließlich soweit, daß sich einige Vertreter des JAW Waffenscheine besorgten, um sich mit ihnen angemessen erscheinenden Mitteln gegen die Jugendlichen verteidigen zu können.

Zusammenfassung:

"Die aggressiven Jugendlichen im Klubhaus wurden ja nicht im Klubhaus erzeugt, sondern wuchsen heran in der Wohnsiedlung des Falkenhagener Feldes, in der sich über Jahre hinweg niemand Gedanken über Jugendarbeit gemacht hat. Sie, die Jugendlichen und wir, die Mitarbeiter im Klubhaus, sind daher im Grunde gemeinsam Opfer einer gleichen gesellschaftlichen Fehlplanung geworden." (Arbeitsbericht Schlinge). Trotz dieser ziemlich klaren Einsicht in die wirklichen Verhältnisse der Jugendlichen im Falkenhagener Feld (und nicht nur dort), mußte die Jugendarbeit im Klubhaus scheitern, da sie konsequenterweise nur darauf hätte hinarbeiten können, die Jugendlichen gegen die Verantwortlichen der gesellschaftlichen Fehlplanung zu politisieren. Das Jugendaufbauwerk , selber ein Bestandteil der für die Fehlplanung nicht nur im Falkenhagener Feld verantwortlichen Instanzen, konnte und wollte gerade diese einzig richtige Art der Jugendarbeit weder leisten noch dulden.

Es machte daher den Versuch, die Jugendlichen zu spalten, zuerst in Linke und Gegner der Linken, dann in Radaubrüder und ordentliche Jugendliche, dann in "normale" und "dissoziale" Jugendliche. Diese Spaltungsversuche, deren sich gegenwärtig die staatliche Jugendarbeit in steigendem Umfang zu bedienen versucht, mußten notwendig an den gemeinsamen Interessen der Jugendlichen scheitern, die die wirkliche Lage der Jugendlichen widerspiegelt.

Jugendliche dazu zu ermuntern, sich gegenüber anderen Jugendlichen, die man mit irgendwelchen Tricks zu Feinden stempelt, mehr oder weniger gewaltsam durchzusetzen, hat zwangsläufig zur Folge, daß diese Jugendlichen sich auch ihren wirklichen Feinden gegenüber (z.B. dem Bezirksamt) nicht mehr friedlich, verständnisvoll und kompromißbereit verhalten.

Der Kampf der Jugendlichen ums Klubhaus

Die Lage im Klubhaus

Anfang 1972 war die Lage im Klubhaus chaotisch: Polizeieinsätze gegen Jugendliche, Hausverbote, völlige Einstellung der öffentlichen Jugendarbeit (nur noch die Vorräume und die Kneipe standen den Jugendlichen offen), Aggressivität der Jugendlichen gegen die Klubhaus und JAW-Bürokratie, Aggressionen zwischen Jugendlichen und Erwachsenen kennzeichneten den völligen Zusammenbruch der Arbeit im Klubhaus.

Drei Faktoren kamen zusammen, die die weitere Auseinandersetzung im Klubhaus bestimmten:

- Zunächst und vor allem waren der Unmut und die Aggressionen der Jugendlichen gegenüber dem JAW so angewachsen, daß sich ein gemeinsames Vorgehen gegenüber dem JAW regelrecht zusammenbraute. Zusammen mit den bruchstückhaften Erfahrungen, die die Jugendlichen teilweise unter der ungewollten Anleitung durch das JAW in gemeinsamen kämpferischen Aktivitäten gemacht hatten, erzeugte dieses Anwachsen der Aggressionen eine explosive Stimmung im Klubhaus, die sich jederzeit entladen konnte.
- Zur gleichen Zeit begann eine vergleichsweise fest organisierte Gruppe von "linken" Jugendlichen (teilweise Jugendliche aus dem Klubhaus, teilweise Jugendliche, die der ehemaligen Basisgruppe Spandau angehört hatten), im Klubhaus aktiv zu werden. Dadurch erhielt der gegen das JAW gerichtete Unmut der Jugendlichen sowie die Forderungen, die sie an das Klubhaus hatten, ein stabilisierendes Moment.
- Ebenfalls zur gleichen Zeit begann sich die "Selbsthilfe Falkenhagener Feld" in den Kampf um das Klubhaus einzuschalten und sich mit den Jugendlichen zu solidarisieren. Dies hatte für die Jugendlichen weitreichende Folgen: Anstelle des verschwommenen "Generationenkonflikts", d.h. des angeblichen Widerspruchs zwischen Jugendlichen und Erwachsenen, trat immer deutlicher der wirkliche Widerspruch: der zwischen den Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen und den Vorstellungen und Zielen staatlicher Jugendarbeit. Die Unterstützung der Jugendlichen durch eine Gruppe von Erwachsenen verschaffte den Jugendlichen nicht nur größere Resonanz in einer Öffentlichkeit, die selber voller Vorurteile gegen alle Jugendlichen steckt, die sich nicht bruchlos den Normen dieser Gesellschaft anpassen.

Diese Unterstützung half auch den Jugendlichen selbst, an die Durchsetzbarkeit ihrer Forderungen zu glauben.

Der Kampf beginnt

Diese Faktoren kamen zum ersten Male zum Tragen, als im Januar 1972 die erste öffentliche Diskussion über Jugendarbeit im Klubhaus veranstaltet wurde. Die Jugendlichen trugen ihre Kritik an der bisherigen Jugendarbeit des Klubhauses vor und formulierten zum ersten Mal ihre Forderung nach einer selbstverwalteten Jugendarbeit im Klubhaus. Diese Forderung wurde von Vertretern der Selbsthilfe Falkenhagener Feld unterstützt und bekräftigt.
Für die Jugendlichen wirkte sich in dieser Situation eine irrationale Bürokratenkonkurrenz aus: die Vertreter der Abteilung Jugend und Sport des Bezirksamtes Spandau (Amtschef Katlewski und Bezirksjugendpflegerin Gottschalk), die vom JAW offen um Unterstützung gebeten worden waren, nahmen den Bankrott der Jugendarbeit des JAW mit offensichtlicher Schadenfreude zur Kenntnis. Sie leugneten ihre eigene Zuständigkeit für die Jugendarbeit im Klubhaus, indem sie sich bürokratisch hinter der juristischen Formel verschanzten, daß das JAW, nicht das Bezirksamt für das Klubhaus verantwortlich sei. Dem JAW verweigerten sie die Unterstützung, so daß diesem nichts übrig blieb, als vor den Forderungen der Jugendlichen zu kapitulieren. Es gestand den Jugendlichen das Recht auf eine selbstverwaltete Jugendarbeit zu, mit der Bedingung, daß die Jugendlichen nach einer zweiwöchigen Frist ein Programm für diese Arbeit vorlegen sollten. Diese Bedingung hatte das JAW ganz offensichtlich in der Hoffnung gestellt, daß die Jugendlichen nicht imstande sein würden, sie zu erfüllen (immerhin hatte es das JAW in zwei Jahren nicht zu einer derartigen Konzeption gebracht). Als klar wurde, daß diese Hoffnung unbegründet war, versuchten sich Schlinge und der Hauptorganisator Agricola aus der Schlinge zu ziehen, indem sie die Zusage für eine weitere öffentliche Diskussion , auf der die Jugendlichen ihre Vorstellungen vortragen sollten, zurückzogen. "Agricola weist mich auch im Namen von Schlinge darauf hin, daß am 2. Februar kein Mittwochgespräch stattfindet. 'Bei uns im Haus nicht - alles andere ist Hausfriedensbruch.'"(Aktenvermerk)

Die Selbsthilfe machte diesen Wortbruch publik, der sich im Klubhaus wie ein Lauffeuer herumsprach. Das Neue hierbei war, daß dieser Wortbruch, der die Jugendlichen früher nur entmutigt hätte ("wir können ja doch nichts machen") diesmal nur die Entschlossenheit der Jugendlichen verstärkte, sich mit ihren Forderungen gegen das JAW durchzusetzen.

Über das, was sich zu dieser Zeit hinter verschlossenen Türen im JAW, im Bezirksamt Spandau und im Senat von Berlin abspielte, lassen sich allenfalls Vermutungen anstellen. Sicher scheint, daß in allen zuständigen Ämtern die solidarische Aufsässigkeit der Jugendlichen des Falkenhagener Feldes gegen das JAW Aufsehen erregte und daß die zuständigen Stellen zu dem Schluß kamen, daß es notwendig sei, die Wogen so schnell wie möglich zu glätten.

Die für den 2. Februar zugesagte öffentliche Diskussion fand gegen den Willen von Schlinge und Agricola doch statt; die für Jugendarbeit zuständigen Stellen waren repräsentativ vertreten: Das JAW durch seinen Vorsitzenden Haase, das Bezirksamt Spandau durch den Stadtrat Schleusener, die Jugendsenatsverwaltung durch den Senatsdirektor Tuchel. Das provisorische Jugendkomitee hatte ziemlich ausführliche Vorstellungen über eine selbstverwaltete Jugendarbeit entwickelt, die sowohl den Freizeitbereich (Sport, Musik, Hobby) als auch den gesellschaftspolitischen Bereich einschlossen. Die allgemeine Forderung nach einer von den Jugendlichen selbst verwalteten Jugendarbeit wurde erweitert: Anerkennung des provisorischen und später eines gewählten Jugendkomitees als legitime Vertretung der Jugendlichen, selbstverwaltete Jugendarbeit auf der Grundlage des vom Jugendkomitee entwickelten Programms, Aufhebung der Hausverbote.

Die Hauptangriffe gegen die Jugendlichen kamen weniger von den Vertretern der offiziellen Institutionen als von einem Teil der auf der Versammlung anwesenden Erwachsenen. Sie sprachen den Jugendlichen von vornherein die Fähigkeit ab, eigenverantwortlich im Klubhaus aktiv zu werden, sie kritisierten Äußerlichkeiten wie lange Haare, Herumlungern usw.. Diese Angriffe gaben den Vertretern des Bezirksamtes und des Senats die Möglichkeit, als Vermittler aufzutreten und den Jugendlichen kompromißbereit zu begegnen: Das provisorische Jugendkomitee wurde akzeptiert, aber mit der Einschränkung, daß es fortan zusammen mit einem noch zu bildenden Erwachsenenkomitee und den Sozialarbeitern über die weitere Arbeit des Klubhauses diskutieren sollte. Das von den Jugendlichen ausgearbeitete Arbeitsprogramm sollte als Diskussionsgrundlage für ein zu entwickelndes Programm für die Jugendarbeit dienen. Der einzige Sieg, den die Jugendlichen wirklich erringen konnten: die bestehenden Hausverbote gegen drei Jugendliche wurden zurückgenommen.

Um den chronischen Personalmangel, der ebenfalls viel Kritik hervorgerufen hatte, zu mildern, stellten Senat und Bezirksamt je zwei Sozialarbeiter für drei Monate für die Arbeit im Klubhaus frei.

"Mitbestimmung?"

Nach dieser Diskussion waren zunächst alle Seiten befriedigt. Die Jugendlichen meinten, tatsächlich etwas durchgesetzt zu haben, das Bezirksamt hatte drohende Auseinandersetzungen vom Klubhaus abgewendet und zusammen mit der Senatsverwaltung über die vier "Übergangs-" Sozialarbeiter Einfluß im Klubhaus gewonnen, das JAW war noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen.

Wie trügerisch der Friede war, stellte sich für die Jugendlichen schon in den folgenden Tagen heraus. Eine Diskussion des provisorischen Jugendkomitees mit den Sozialarbeitern über finanzielle Mitbestimmungsmöglichkeiten brachte nichts weiter, als daß das Geld für das Klubhaus bereits festgelegt war, also nichts mehr mitzubestimmen blieb.

Die erste Sitzung des gemeinsamen Eltern-Jugendkomitees zeigte deutlich, daß von den tatsächlichen Konflikten im Klubhaus buchstäblich nichts gelöst war. Das provisorische Elternkomitee, das zu einem guten Teil aus Erwachsenen bestand, die Schlinge schon in den Auseinandersetzungen während der Eröffnungszeit treu unterstützt hatten, trat den Jugendlichen mit Forderungen gegenüber, von denen wir zwei zitieren:

"Wir akzeptieren ein Jugendkomitee, dessen Mitglieder ausschließlich im Falkenhagener Feld wohnen."
"Wir fordern einen menschenwürdigen Eingang, Treppenaufgang und Vorraum, denn der erste Eindruck ist für Gäste oft niederschmetternd und nicht einladend."
Beide Forderungen müssen näher erklärt werden. Die Forderung, alle Mitglieder des Jugendkomitees müßten im Falkenhagener Feld wohnen, war, wie sich in der Diskussion herausstellte, politisch gemeint: in der irrigen Annahme, die "unpolitischen" Mitglieder des Jugendkomitees seien Bewohner des FF, die "linken" Spandauer, hatte sich das Elternkomitee diesen Trick ausgedacht. Erst nachdem die Jugendlichen sich dagegen verwahrten, daß das Elternkomitee Einfluß auf die Zusammensetzung des Jugendkomitees nehmen wollte, und nachdem auch den Elternkomiteeelern klar geworden war, daß auch "linke" Jugendliche aus dem FF im Jugendkomitee waren, ließen sie diese Forderung fallen.
Die Forderung nach einem "menschenwürdigen" Eingang spricht für sich. Das Menschenunwürdige, das die Eltern kritisierten, waren die Jugendlichen, die ständig an der Treppe, im Vorraum usw. "herumlungern". Die tatsächliche Not der Jugendlichen, die sich in diesem "Herumlungern" ausdrückte, sollte nicht so sichtbar zum Ausdruck kommen.

Da praktisch im Klubhaus kaum etwas mitzubestimmen war (die Finanzen waren festgelegt, ein großer Teil der Veranstaltungen war vorhergeplant) und da die Elternvertreter grundsätzlich Diskussionen auswichen (z.B. einer von Jugendlichen geforderten Grundsatzdiskussion über offene Kinder- und Jugendarbeit im Klubhaus), verkam das Eltern- und Jugendkomitee immer mehr zu einem Organ, in dem technische Fragen beredet wurden, die ein Verwaltungsangestellter alleine besser hätte lösen können. Wann ist welcher Raum frei? Wie können wir den Mißbrauch des Klopapiers durch spielende Kinder eindämmen? - das waren Fragen, die weit von dem abwichen, was sich die Jugendlichen unter einer verantwortlichen Mitarbeit im Klubhaus und erst recht unter einer selbstverwalteten Jugendarbeit vorgestellt hatten. Das provisorische Jugendkomitee resignierte zunächst, andere begannen ihr weiteres Vorgehen im Klubhaus zu planen.

Das Klubhaus wird geschlossen...

Im März/April 1972 spitzte sich ein anderer Konflikt im Falkenhagener Feld zu, der die Auseinandersetzungen um das Klubhaus zeitweilig in den Hintergrund drängte. Auf dem Gelände des einzig großen Spielplatzes des FF sollte eine Schule errichtet werden, so daß ein großer Teil des Spielplatzes verloren geht. Die betroffenen Bewohner des Falkenhagener Feldes waren doppelt empört: darüber, daß ein aus Steuergeldern (860 000 DM) erbautes Spielgelände in so sinnloser Weise wieder aufgegeben werden sollte; und besonders auch darüber, daß das Bezirksamt sie vor die unannehmbare Alternative stellte: Spielplatz o d e r Schule, wo doch sowohl Schulen als auch Spielplätze im Falkenhagener Feld fehlen. Die Bewohner des Falkenhagener Feldes waren nicht bereit, diesen Angriff auf ihre Interessen kampflos hinzunehmen. Bürgerversammlungen, Demonstrationen, Protestschreiben, Überlegungen für andere Standorte für die Schule (davon gab es mehrere praktikable Möglichkeiten), waren die Mittel, mit denen sich die Bürger des FF gegen die planenden Instanzen durchzusetzen versuchten (vgl. zu dem Kampf um den Spielplatz die Dokumentation der SFF (Selbsthilfe Falkenhagener Feld)). In dieser Zeit war das Klubhaus Zentrum der politischen Aktivitäten im Falkenhagener Feld. Hier versammelten sich Bewohner des Falkenhagener Feldes, um zu diskutieren, hier wurden Aktionen geplant, vom Klubhaus aus wurde die Demonstration organisiert. Daß diese Aktivitäten den für das Klubhaus zuständigen Instanzen ein Dorn im Auge waren, kann nicht bezweifelt werden.

Im April 1972 tauchten die ersten Gerüchte auf, daß das Klubhaus im Sommer für drei Monate geschlossen werden sollte. Die spontane Reaktion der meisten Jugendlichen war: wenn die das Haus schließen wollen besetzen wir.

Über die wirklichen Gründe, das Klubhaus zu schließen, lassen sich nur Vermutungen anstellen. Die Angestellten des Klubhauses forderten die Einstellung neuer Sozialarbeiter (die vier von Bezirksamt und Senat fürs Klubhaus abgestellten Sozialarbeiter waren nur für ein Vierteljahr im Klubhaus und gingen dann zurück in ihre früheren Dienststellen).
Als Alternative zur Neueinstellung benannten die Angestellten des Klubhauses die Schließung, wohl in der Hoffnung, dadurch Druck auf die zuständigen Stellen auszuüben. Das JAW mußte an der Schließung des Klubhauses interessiert sein, da es hoffen konnte, durch Neueinstellungen und genügende Vorbereitungszeit den verlorenen Einfluß im Klubhaus zurückzugewinnen. Das Bezirksamt Spandau konnte nicht viel dafür übrig haben, das Klubhaus offen zu halten, da das Klubhaus zur Zentrale des politischen Kampfes der Bewohner des Falkenhagener Feldes gegen das Bezirksamt geworden war. Die Schließung des Klubhauses war jedenfalls beschlossene Sache.

Die Vorbereitung der Schließung verdient es, genauer beschrieben zu werden.
Die Jugendlichen im Klubhaus spielten offen mit dem Gedanken der Besetzung und sie hielten dies auch nicht geheim. Sie sprachen von der Besetzung untereinander und auch mit den Angestellten des Klubhauses, in der Hoffnung, daß schon die Drohung der Besetzung ausreichen könnte, um die Schließung zu verhindern.
Für die verantwortlichen Stellen gab es keine andere Überlegung mehr als die: wie kriegen wir die Schließung am einfachsten über die Bühne?
"Zunächst wurde vorgeschlagen, als Begründung für die Schließung des Hauses Personalprobleme in den Vordergrund zu stellen". "Der Begriff 'schöpferische Pause' wurde als sehr ungünstig bezeichnet, da (er) nicht annähernd das darstellte, was in der Zeit bis zur Wiedereröffnung im Hause geleistet werden soll." "Über ein neues Konzept sollte in dem Flugblatt nicht zu viel geschrieben werden, da kaum zu erwarten ist, daß sich etwas ändern wird."
(aus dem Protokoll 16.5.72 der Mitarbeiter des Klubhauses).

...und besetzt

Endgültig geschlossen werden sollte das Klubhaus ursprünglich zum 1. Juni. In der Woche davor liefen die Vorbereitungen auf die Auseinandersetzungen. Die Jugendlichen, die fest entschlossen waren, ihr Klubhaus zu besetzen und offen zu halten, planten für Samstag den 27.5. eine Großveranstaltung, zu der sie die Gruppe "Ton-Steine-Scherben" eingeladen hatten. Bei dieser Veranstaltung sollte das Klubhaus besetzt werden.
Dieser Plan war so offensichtlich, daß er den zuständigen Stellen(JAW, Bezirksamt und Senat) klar war. Sie versuchten daher, der drohenden Auseinandersetzung durch einen Trick aus dem Wege zu gehen: sie beschlossen, das Klubhaus schon zum 25.5. zu schließen, der 24.5. sollte der letzte Öffnungstag sein. Dieser Plan wurde einem Teil der Jugendlichen bekannt. Durch Flüsterpropaganda forderten sie alle anderen dazu auf, am Mittwoch zu einer von der Selbsthilfe angesetzten Bürgerversammlung (Thema: Kampf um den Bauspielplatz) zu kommen.

Als auf der Bürgerversammlung ein Vertreter des Bezirksamtes auf Fragen der Versammlungsteilnehmer bestätigte, daß das Klubhaus ab dem nächsten Tag geschlossen würde, beschloß die Versammlung nach kurzer Diskussion, das Klubhaus zu besetzen. Für die folgenden drei Tage gehörte das Klubhaus seinen Benutzern.
In den folgenden drei Tagen entfalteten die über 100 Besetzer des Klubhauses (Jugendliche und Erwachsene, Mitglieder der Selbsthilfe, der Jusos, der FDP) unzählige Aktivitäten, um sich ihr Klubhaus zu erhalten. Zusammen mit den Angestellten des Klubhauses, deren überwiegende Mehrheit sich mit den Besetzern solidarisch erklärt hatte, und die bereit waren, in dem von seinen Besuchern besetzten Klubhaus weiter zu arbeiten, begannen sie Konzeptionen für die weitere Arbeit zu entwickeln. Flugblätter an die Bewohner des Falkenhagener Feldes wurden verteilt, um sie über die geplante Schließung des Klubhauses und die Besetzung zu informieren und um Unterstützung zu bitten. Die Besetzer versuchten Verhandlungen mit den zuständigen Stellen aufzunehmen, aber vergeblich; Jugendstadtrat Helmut Schleusener sagte zu, daß keine Polizei gegen die Besetzer eingesetzt würde. (Protokoll 25.5.72)

Die Niederlage in einen Sieg verwandeln!

Nach drei Tagen war der Traum vom selbstverwalteten Klubhaus im Falkenhagener Feld vorbei. Nach drei Tagen Beobachtung kannten die zuständigen staatlichen Instanzen den schwachen Punkt der Besetzung: morgens blieben im Klubhaus nur ungefähr 20 von den über 100 Besetzern zurück, während die anderen zur Arbeit oder zur Schule gingen.

Am Freitag, den 26.5. vormittags gegen 9.00 Uhr rückten ungefähr 200 behelmte Polizisten zur Räumung des Klubhauses an. Die Besetzer verließen angesichts der überwältigenden Übermacht widerstandslos das Klubhaus. (~~Jugendliche räumen freiwillig, Tagesspiegel 27.5.72~~).

Nach der gewaltsamen Räumung des Klubhauses gewährte die Paul-Gerhardt-Gemeinde den jugendlichen Klubhaus-Besuchern und der Selbsthilfe in der Schweden-Baracke Asyl.
Die Baracke lag außerhalb des Zentrums des Falken-

hagener Feldes und war für die große Anzahl der Besucher zu klein! In den ersten Wochen hielt die spontane Kampfbereitschaft gegen das JAW an, gemeinsam wurde leidenschaftlich an der Konzeption für die Selbstverwaltung gerungen und weitere Aktionen vorbereitet. Im Falkenhagener Feld, in Heerstraße Nord, einem weiteren Neubaugebiet Spandaus und in der Innenstadt wurden Informationsstände eingerichtet, an denen die Jugendlichen mit der Bevölkerung ihre Forderung der sofortigen Wiedereröffnung des Klubhauses diskutierten. Für das Falkenhagener Feld wurden ca. 20.000 Flugblätter entworfen und verteilt, 2 Demonstrationen zum Rathaus organisiert und mehrere Verhandlungen mit JAW, Senat und Bezirksamt geführt. Der Konflikt um das Klubhaus wurde aber zunehmend hinter verschlossenen Türen von den Institutionen ohne die Betroffenen behandelt. Unsere Gegner wurden mit der Zeit immer anonymer, für die Jugendlichen und die Selbsthilfe wurden die Zuständigkeiten immer schwerer erkennbar.

Nach unseren Selbstverwaltungsvorstellungen sollte schon jetzt damit begonnen werden, Konflikte am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Familie, in der Freizeit und in der Gesellschaft diskutieren. Es zeigte sich aber sehr schnell, daß in einer fremden Umgebung, im Rahmen einer geplanten Veranstaltung die Jugendlichen nicht bereit waren, über ihre Probleme zu sprechen. Die meisten der unorganisierten Jugendlichen, müde und abgeschlafft vom Arbeitsalltag, waren nicht imstande, in einem offiziellen Rahmen über ihre Probleme und Schwierigkeiten zu reden. Wenn man dieses Ziel dennoch für wichtig hält und verfolgen will, müssen folgende Voraussetzungen geschaffen werden:

1. eine Atmosphäre, die gegenseitiges Vertrauen ermöglicht,
2. Räumlichkeiten, die vertrauliche Gespräche erleichtern,
3. qualifizierte Bezugspersonen, die imstande sind, in Gesprächen, die sich spontan ergeben, die individuellen Schwierigkeiten der Jugendlichen derart durchsichtig zu machen, daß die Notwendigkeit gemeinsamen politischen Handelns deutlich wird.

Dazu hätte das Klubhaus eine Chance geboten, und das war gewaltsam vom JAW aus fadenscheinigen Gründen geschlossen worden.

Der Kampf geht weiter

Mit der Räumung des Klubhauses durch die Polizei begann eine neue Etappe des Kampfes um das Klubhaus, deren Voraussetzungen sich in grundlegender Hinsicht von denen der vorhergehenden Etappen unterschieden:

- Besonders bei den Jugendlichen bestand zum ersten Mal (trotz aller inhaltlichen Unterschiede) über ein Ziel Einmütigkeit: Das Klubhaus muß von seinen Besuchern in Selbstverwaltung übernommen werden, die Besucher müssen entscheiden, was im Klubhaus geschieht.
  Die letzten Illusionen über die Jugendarbeit betreibenden staatlichen Instanzen sind verschwunden. Jedem ist klar geworden, daß die zuständigen staatlichen Stellen zwar viel von Diskussion, von rationaler Auseinandersetzung, von Kompromissen und Verständnis usw. reden, daß sie aber, wenn's drauf ankommt, bedenkenlos von ihren Mitteln Gebrauch machen: am Ende verfügen sie über einen Polizeiapparat, den sie je nach Bedarf einsetzen.

Nach der Räumung des Klubhauses durch die Polizei führte jede der beiden Seiten auf ihre Weise die Auseinandersetzung um das Klubhaus fort: die Besucher des Klubhauses, die Selbsthilfe und andere interessierte Gruppen begannen vertieft, inhaltliche Vorstellungen für die Arbeit in einem selbstverwalteten Klubhaus zu entwickeln. Gleichzeitig versuchten sie weiterhin, mit den zuständigen Stellen des Bezirksamts über die künftige Arbeit im Klubhaus zu verhandeln.

Das Bezirksamt arbeitete mit Lügen und Betrügereien, um seine Vorstellungen über das Klubhaus durchzusetzen und anzupreisen. (Durchsetzen alleine wäre auch so gegangen, da das Bezirksamt über die Macht verfügt. Nur die wahlpolitischen Interessen machen es notwendig, dieser Macht ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen.) Die Methode liest sich wie eine Posse aus einer Schmierenkomödie: Man brauchte der von den Besuchern des Klubhauses aufgestellten Forderung nach Selbstverwaltung nur eine Forderung nach absoluter Kontrolle durch das Amt, (Leitung des Hauses durch einen "starken" Heimleiter) entgegenzusetzen, und schon konnte das Bezirksamt als Retter in der Not einen Kompromiß anbieten: ein Mitbestimmungsmodell für das Klubhaus, das den Besuchern die Illusion gibt, auch etwas über das Klubhaus mitreden zu dürfen, während die wirkliche Macht beim Bezirksamt bleibt.

Diesen Plan verwirklichte das Bezirksamt in zwei Schritten:
Erster Schritt: Bezirksamt und Senat bewirken, daß das Jugendaufbauwerk als Träger des Klubhauses dem Bezirksamt Spandau weicht.
Zweiter Schritt: Über das künftige Schicksal des Klubhauses wird eine "öffentliche Diskussion" veranstaltet. Auf diesen Trick fielen sowohl die ehemaligen Mitarbeiter des Klubhauses als auch die Selbsthilfe als auch die Jugendlichen herein. Sie standen dem Jugendwohlfahrtsausschuß, einem Organ der Bezirksverordnetenversammlung über ihre Vorstellungen Rede und Antwort, ohne zu ahnen, daß ihre Erklärungen nur die Bedeutung hatten, eine öffentliche Diskussion vorzutäuschen. Ebenso wurde letzt-

lich die bereits mehrfach in Erscheinung getretene Elterngruppe aus dem Klubhaus vom Bezirksamt mißbraucht: sie wurde benutzt, um zu beweisen, daß die Jugendlichen, die Mitarbeiter, die Selbsthilfe keineswegs für das Klubhaus sprechen konnten, denn: es gibt eben diese Elterngruppe, die eine strengere Führung des Klubhauses forderte. Was inhaltlich von den verschiedenen Gruppen an Forderungen vorgebracht wurde, war vom Bezirksamt von vornherein für den Papierkorb bestimmt:
Die Forderung nach Selbstverwaltung im Klubhaus wurde von den Jugendlichen des Klubhauses, von den ehemaligen Mitarbeitern, von der Selbsthilfe zwar mit einigen Unterschieden, aber doch gemeinsam erhoben. Ein Gutachten des Pädagogischen Zentrums zur Arbeit des Klubhauses sprach sich ebenfalls dafür aus, das Klubhaus seinen Besuchern zur Selbstverwaltung zu überlassen.
Alle diese Forderungen und Vorschläge gingen von der inhaltlichen Arbeit im Klubhaus, von den dort auftretenden wirklichen Problemen aus und kamen von daher zu dem Schluß, die Selbstverwaltung für das Klubhaus zu fordern. Das Bezirksamt legte dagegen ein außerordentlich dürftiges Papier mit dem Titel "vorläufige Konzeption" vor, das keinerlei Vorstellungen über die Arbeit im Klubhaus enthielt, lediglich einige Formalien über ein Mitbestimmungsmodell. Mit diesem Konzept eröffnete das Bezirksamt das Klubhaus im September 1972.

Nach dreimonatiger Denkpause war die Konzeptionslosigkeit, mit der das Bezirksamt im Klubhaus antrat, nicht nur ein Armutszeugnis für die Bürokraten im Rathaus, sondern zugleich auch ein schwerer Mangel für die (zum Teil neuen) Sozialarbeiter im Klubhaus. Gerade die Geschichte des Klubhauses hätte im Bezirksamt zu der Einsicht führen müssen, daß es ausgeschlossen ist, Leute ins Klubhaus zu schikken, zu sagen "Macht mal" und dann noch zu erwarten, daß bei einer derartigen Vorgehensweise etwas raus kommt.

Die Jugendlichen im Klubhaus verhielten sich zunächst abwartend. Die von der "vorläufigen Konzeption" vorgesehenen Mitbestimmungsorgane stießen auf kein Interesse bei den Jugendlichen, im wesentlichen wohl auch nicht bei den Angestellten des Hauses. Der Mangel an Interesse ist einsichtig: es gibt zu wenig mitzubestimmen, es gibt zuviel Macht beim Bezirksamt, als daß jemand erstlich seine Zeit damit verbringen möchte, in funktionslosen Sitzungen rumzuhängen.

Dann begannen Jugendliche, im Klubhaus ihre eigenen Aktivitäten zu organisieren: die Kneipe im Klubhaus wird von Jugendlichen betrieben, auf Initiative der Jugendlichen sind eine Mädchengruppe und eine Lehrlings- und Jungarbeitergruppe entstanden. Jugendliche organisierten zwei Popfestivals.

Daß die Jugendlichen selber keine Sozialarbeit im positiven, das heißt in einem politischen Sinne betreiben, liegt im wesentlichen daran, daß die meisten abends nach der Arbeit ins Klubhaus kommen und kaum noch zu langen Diskussionen in der Lage sind. Hierfür wären in jedem Falle Ganztagskräfte notwendig.

Hierin liegt auch die neue Strategie der Besucher des Klubhauses, ihre Forderung nach Selbstverwaltung durchzusetzen: Es geht nicht an, sich hinzusetzen, die Hände in den Schoß zu legen und darauf zu warten, daß die staatliche Jugendarbeit im Klubhaus im Chaos endet, was zweifellos früher oder später geschehen würde. Dazu sind die anstehenden Probleme, dafür sind die Einzelschicksale der Kinder und Jugendlichen, die regelmäßig ins Klubhaus kommen, zu ernst.

Der Prozeß, der zur Selbstverwaltung im Klubhaus führen wird, ist im Gange. Es entsteht ein sich ausdehnender Teil selbstverwalteter Arbeit im Klubhaus, der schließlich nahezu die gesamten Aktivitäten im Klubhaus umfassen wird. In diesem Prozeß gewinnen diejenigen, die ihn vorantreiben, sowohl einen Teil der Erfahrungen, die sie benötigen, um das Klubhaus in eigener Regie betreiben zu können, als auch die Kampfkraft, um das Bezirksamt schließlich aus dem Klubhaus zu werfen.

Letzte Meldung: Leitende Fürsorger sehen ihren "netten Kreis" gefährdet.

Wie uns bekannt wurde, haben Sozialarbeiter der Familienfürsorge kürzlich die bescheidene Bitte geäußert, zu den Besprechungen ihrer Amtsleiter auf Senatsebene einen Vertreter schicken zu dürfen. Sie versprachen sich vielleicht, durch Vorschläge aus der Praxis Mitwirkung an Entscheidungen des Senats, eingefahrene Pflichtübungen im "vertrauten Kreis" wieder in sinnvolle ergebnisreiche Diskussionen umzuwandeln. Dieser Bitte konnte nicht entsprochen werden, da "grundsätzliche Bedenken bestehen". Der Raum sei zu klein, die "Effektivität" der Sitzungen müßte in Frage gestellt werden und außerdem werden in diesem Kreise manchmal "vertrauliche Dinge" erörtert, die - so meint man - nicht für die Ohren des Fußvolks bestimmt sind.

I N   E I G E N E R   S A C H E :

KLARSTELLUNG

Aus arbeitstechnischen Gründen haben wir allen Abonnenten in Nr. 27 eine hektographierte Rechnung für das Abo 1973 beigelegt.
Dies gab leider zu manchen Mißverständnissen Anlaß. Wir bitten deshalb bei all denjenigen um Entschuldigung, die das Abo 73 bereits vorausbezahlt hatten.

"NEU-ABO" 1973

	Nr. 27-32	Nr. 29-32
für Berliner Bezieher	DM 8,40	5,60
für westdeutsche "	9,--	6,--

im voraus zu überweisen auf: Sonderkonto K.Kube
3420 08 - 105
PSchA Bln.-W.

Bitte die vollständige Kontobezeichnung angeben und "Neuabo ab 27" bzw. "Neuabo ab 29" vermerken.
Den Absender vollständig und leserlich schreiben!!

Vergriffene Exemplare:

Leider können wir von den vergriffenen Exemplaren der SPK keine Photokopien mehr anfertigen, da dies für uns mit einem bei weitem zu hohen Arbeitsaufwand verbunden ist. Ausnahmen machen wir selbstverständlich bei Bibliotheken.
Wir bitten um Verständnis für diese Maßnahme.

Achtung: Sonderbestellung:

Zum Teil in nur noch wenigen Exemplaren sind vorhanden: die Nummern 5, 11, 12/13, 14, 18, 20-27.
Die wichtigsten Inhalte aller bisher erschienen Hefte sind in Nr. 27 abgedruckt.
Bis auf die Nr. 5 (DM -,50) kostet jede Nummer DM 1,-- plus Porto. Bitte im voraus überweisen auf: Sonderkonto K.Kube 3420 08 - 105 PSchA Berlin-W.
Die Kontobezeichnung bitte vollständig angeben.
Auf dem Abschnitt bitte die gewünschten Exemplare und "Sonderbestellung" vermerken.

Die SPK ist z.Zt. zu beziehen bei:

Berlin
Buchladenkoll. an der TU, Savignyplatz 5
Das Politische Buch, Lietzenburger Str. 144
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40
Pol. Buchladen Commune, Unter den Eichen 84 e

Bielefeld
Buchlädchen, Welle 9

Freiburg
Libro Libre, Herrenstr. 53

Frankfurt/M
Buchhandlung Libresso am Opernplatz, Opernpl. 10
Karl-Marx-Buchhandlung, Jordanstr. 11
Polibula, Adalbertstr. 7 a

Gießen
Ma Bu La, Bismarckstr. 9

Göttingen
Polibula , Woender Str. 78

Hamburg
Arbeiterbuch, Hamb. 13, Grindelhof 45
Manifest, Schlüterstr. 79

Heidelberg
Pol. Buchhandlg. J. Burckhardt, Marstallstr. 11a
R. Rupp + Grunow, Untere Str. 9

Kassel
Buchkollektiv Roter Punkt, Frankfurter Str. 72

Köln
Das Politische Buch, Zülpicher Str. 197
Rote Bücher Stube, Fleischmengergasse 31

Mainz
Roter Stern, Weihergarten 6

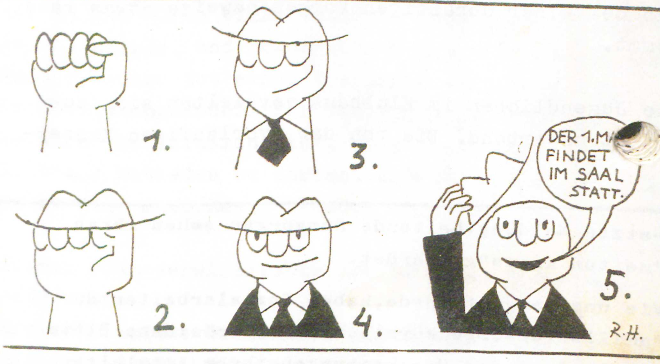
München
Basis, Sozialwiss. Fachbuchhandlg., Franz-Josef-Str. 26

Münster:
Rosta, Königstr. 17

Nürnberg
Die Bücher Kiste, Jacobstr. 26

Wien
Buchhandlg. Brigitte Herrmann, Wien, Österreich, Grünangergasse 1

Zürich
Pinkus Gen. Limmatbuchhandlg., Zürich, Schweiz Froschaugasse 7



I M P R E S S U M
Verantwortlich für den Inhalt:
Redaktionskollektiv
Rolf Landwehr
Anschrift der Redaktion:
Sozialpädagogische
Korrespondenz
1 Berlin 41
Wielandstr.26
Tel.0311/851 11 42
Druck: C.Bartning
1 Berlin 41
Ahornstr.26